



V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

36. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1984

Grafik des Monats: Fremdenverkehr 1983
Aufsätze: Studienabsichten 1984
Baugenehmigungen Wohnbau
Kurzberichte: Fremdenverkehr vor der Saison
Einzelhandel im 1. Halbjahr 1984
Aus unserem Archiv

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		Juli 1984		Januar bis Juli 1984	
Beschäftigte	1000	165	+ 0,0	163	- 1,8
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	14	+ 2,1	16	- 1,5
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	530	+ 5,3	490	+ 1,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 549	- 0,0	2 872	+ 5,7
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 054	- 1,3	2 264	+ 2,4
Auslandsumsatz	Mill. DM	495	+ 5,4	608	+ 19,8
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 708	+ 47,6	1 622	+ 8,3
aus dem Inland	Mill. DM	928	+ 14,1	1 122	+ 3,3
aus dem Ausland	Mill. DM	780	+ 127,2	499	+ 21,5
Energieverbrauch	1 000 t SKE	185	+ 7,6	210	+ 12,7
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1000	48	- 5,7	47	- 0,9
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5	+ 1,1	5	- 1,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	125	+ 2,7	119	+ 2,8
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	346	+ 8,9	290	- 6,3
Auftragseingang ³	Mill. DM	211	- 13,0	223	- 12,9
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	958	- 40,6	1 095	- 27,0
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	417	- 30,6	401	- 39,1
Einzelhandel					
		Juni 1984		Januar bis Juni 1984	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	108,1	- 3,9	104,8	+ 1,2
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	135,3	+ 0,3	97,5	- 0,7
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1000	334	+ 2,6	191	+ 2,1
Übernachtungen	1000	2 080	- 5,6	964	- 0,6
Arbeitsmarkt					
		Juli 1984		Januar bis Juli 1984	
Arbeitslose	Anzahl	103 880	+ 2,9	110 767	+ 1,7
Ausfuhr					
		Juni 1984		Januar bis Juni 1984	
Ausfuhr	Mill. DM	695	+ 14,1	763	+ 16,2
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	694	+ 13,9	758	+ 22,1
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 924	+ 7,9	9 340	+ 4,7
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	41 147	+ 5,8	40 706	+ 6,5

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (ohne Jugendherbergen und Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private 7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 10/84

	Seite
Aktuelle Auslese	165
Aufsätze	
Studienabsichten	
schleswig-holsteinischer Schüler 1984	166
Baugenehmigungen im Wohnbau seit 1970 .	171
Kurzberichte	
Fremdenverkehr in der Vorsaison	180
Einzelhandelsumsatz im 1. Halbjahr 1984 ..	181
Aus unserem Archiv	183
Grafik des Monats	174
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten fünf Hefte nach Monaten

Heft 5/1984

Der Hamburg-Nachbarraum bis 1995

Heft 6/1984

Ausstattung der Haushalte
Reiseziel Schleswig-Holstein

Heft 7/1984

Kinderunfälle
Energieverbrauch der Industrie

Heft 8/1984

Europawahl 1984
Straßenverkehrsunfälle
Fremdenverkehr Winter 83/84
Kaufwerte für Bauland

Heft 9/1984

Der Staat in den VGR
Kaufwerte landw. Grundstücke



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

36. Jahrgang

Heft 10

Oktober 1984

Aktuelle Auslese



Mehr Gäste, aber weniger Übernachtungen

In den Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten wurden im Juni 1984 334 000 Gästeankünfte und 2,1 Mill. Übernachtungen gezählt. Damit nahm die Zahl der Ankünfte gegenüber dem Vorjahr um 2,6% zu, die der Übernachtungen verringerte sich dagegen um 5,6%. Sowohl die geringere Übernachtungs- als auch die höhere Gästezahl sind ganz wesentlich auf den zum Teil recht unterschiedlichen Beginn der Sommerferien in den Jahren 1983 und 1984 zurückzuführen. Da sich der Einfluß der Ferienordnung auf die zeitliche Verteilung der Fremdenverkehrsnachfrage besonders in den Seebädern auswirkt, ist dort auch ein überdurchschnittlich hoher Übernachtungsrückgang im Juni eingetreten.

Daß sich die Bilanz für das 1. Halbjahr 1984 im Vergleich zum Vorjahr trotz der rückläufigen Entwicklungen in den Monaten März, Mai und Juni noch sehen lassen kann, haben die Vermieter wohl in erster Linie dem Zusammentreffen der Osterferien in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Berlin und Nordrhein-Westfalen mit einer Schönwetterperiode zu verdanken. Bei den Übernachtungen wurde fast das Vorjahresergebnis erreicht (-0,6%), bei den Gästeankünften sogar ein Zuwachs (+2,1%) erzielt. Nur die Jugendherbergen und Campingplätze schnitten schlechter ab als im 1. Halbjahr 1983, die Campingplätze vor allem wegen des schlechten Wetters im Juni.



Mehr Mastschweine, weniger Zuchtsauen

Nach vorläufigen Ergebnissen der repräsentativen Viehzwischenzählung wurden in Schleswig-Holstein am 3. August 1984 1,88 Mill. Schweine gehalten. Gegenüber August 1983 nahm die Zahl der

Schweine um 1% zu und überstieg saisonüblich den Bestand vom Dezember 1983 um 9% und den vom April 1984 um 5%. Während die Zahl der Ferkel (549 000) und der Jungschweine in der Gewichtskategorie bis 50 kg Lebendgewicht (459 000) geringfügig kleiner als vor einem Jahr war, stieg die Zahl der Mastschweine ab 50 kg Lebendgewicht um 5% auf 674 000 Tiere erheblich an. Dagegen nahm der Sauenbestand in Jahresfrist um 5% auf 189 000, die kleinste Zahl im August seit 1977, stark ab. Gut 40 000 waren Jungsauen und 149 000 Altsauen (-3%). Um 3% auf 127 000 verringerte sich der Bestand an trächtigen Jung- und Altsauen, während die Zahl nicht trächtiger Tiere (61 000) um 8% zurückging.



Gute Getreideernte

Nach Auswertung der Hälfte aller vorgesehenen Probefelder der Besonderen Erntermittlung ist mit einer vorläufigen Getreideernte von etwa 2,25 Mill. t in Schleswig-Holstein zu rechnen. Das wären 8% mehr als im Vorjahr und 5% mehr als im Mittel der vorhergehenden sechs Jahre. Wegen Anbau einschränkungen und etwas niedrigerer Hektarerträge wird die bisherige Höchsternte des Jahres 1982 um 7% unterschritten. Von der Gesamternte werden voraussichtlich 1,07 Mill. t Weizen, 0,22 Mill. t Roggen und 0,86 Mill. t Gerste sein.

Während die verstärkt angebauten Wintergetreidearten deutlich höhere Hektarerträge bringen werden als im Vorjahr und im mehrjährigen Durchschnitt, werden die Hektarerträge der Sommergetreidearten voraussichtlich nur knapp über durchschnittlichem Niveau liegen. Die Anbaufläche der Sommergetreidearten macht 1984 jedoch nur noch 10% der Getreidefläche aus. Die Hektarerträge aller Getreidearten liegen in der Nähe der Trend-erwartungen, die sich aus den Ergebnissen der vorhergehenden zwölf Jahre errechnen.

Studienabsichten schleswig-holsteinischer Schüler 1984

Im Frühjahr jedes Jahres, kurz bevor die Prüfungen zur Erlangung der Hochschul- oder Fachhochschulreife anstehen, werden die Schüler in den Abschlußklassen der Sekundarstufe II nach ihren Studienabsichten befragt. Diese nach dem Hochschulstatistikgesetz (HStatG) vorgeschriebene Erhebung dient der Beobachtung der voraussichtlich Studienberechtigten und der Vorausschätzung von Studienanfängerzahlen. Der Kern des Fragenkatalogs besteht in der Frage nach dem Studienwunsch. Wird diese Frage bejaht, schließen sich weitere nach den gewünschten Fächern, nach dem Hochschulstandort und ggf. nach einem Lehramtsstudium an.

In Schleswig-Holstein wurden 1984 mit dieser Befragung 10 049 Schüler erreicht. Dies ist die größte Zahl seit Beginn dieser Erhebung im Jahre 1972. Die Erfassung ist allerdings in der Regel nicht vollständig, da immer einige Schüler nicht erreichbar sind. Gemessen an der von den Schulen für die 13. Jahrgangsstufe gemeldeten Soll-Schülerzahl lag der Erfassungsgrad in Schleswig-Holstein aber immer um 95 % und darüber, 1984 betrug er etwa 97 %.

Im Hinblick auf das Ziel der „Abiturientenbefragung“, Grundlagen für die Vorausschätzung von Studienanfängerzahlen zu schaffen, muß auf folgendes hingewiesen werden: Der Befragungstermin liegt vor dem der Abschlußprüfung, d.h. es steht nicht fest, wie viele letztlich die Schule mit der Hochschul- oder Fachhochschulreife verlassen; zweitens werden die Schüler nach ihren Absichten gefragt; über deren Realisierung ist keine Aussage möglich.

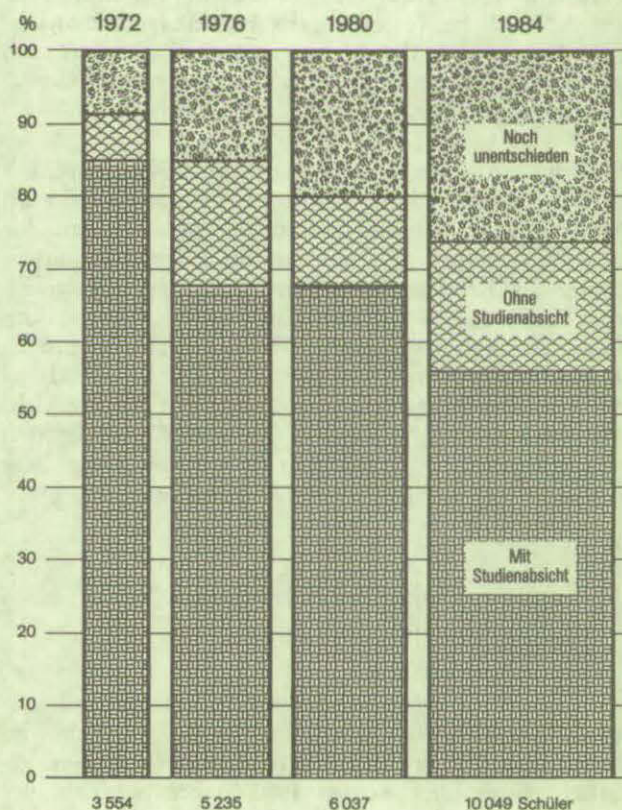
Die Zahl der erfaßten Schüler ist seit 1972 ständig gestiegen. Hierin wurde deutlich, daß das Potential an Hochschulzugängern ständig größer wurde, was ja auch die Ergebnisse der Schulstatistik über die Entlassenen mit Hochschul- oder Fachhochschulreife bestätigten. Entscheidend für die Zahl von Studienanfängern ist dann aber die „Übergangsquote“, für die der Anteil der Studierwilligen aus der Frage nach dem Studienwunsch Anhaltspunkte liefert, allerdings wohl eher Minimalwerte, denn aus dem Anteil der zum Zeitpunkt der Erhebung noch Unentschlossenen entscheiden sich erfahrungsgemäß weitere, ein Studium zu beginnen. Tatsächlich wuchs aber auch die Zahl der Studienanfänger ständig.

Studienabsichten

1984 beantworteten 56 % der erfaßten Schüler die Frage nach dem Studienwunsch mit „Ja“, 18 % mit „Nein“, und 26 % waren noch unentschieden. Dies sind der niedrigste Anteil der Studierwilligen und die höchsten Anteile der Unentschiedenen und der Nichtstudierwilligen, die jemals für Schleswig-Holstein festgestellt wurden. Es zeigt sich auch in diesen Zahlen, daß an die Stelle der Bildungseuphorie der frühen siebziger Jahre heute die Unsicherheit wegen der verschlechterten Arbeitsmarktlage für Hochschulabsolventen getreten ist. Wenn nun eine Abkehr vom Hochschulstudium festzustellen ist, werden sich die Abiturienten doch wahrscheinlich einer anderen beruflichen Ausbildung zuwenden. Der weiter angestiegene Anteil der Nicht-Studierwilligen stützt die Befürchtung, daß sich die Probleme im Sektor der beruflichen Bildung weiter verschärfen werden.

Schüler nach ihrer Studienabsicht

D 5398 Stat. LA. S-H



Obwohl sich die Zahl der erfaßten Schüler weiter erhöht hat, ist die absolute Zahl der Studierwilligen aufgrund des sprunghaft abgesunkenen Studieninteresses erstmals seit 1979 gesunken und beträgt 5 665. Ist dies schon ein Anzeichen dafür, daß die Spitze des Studentenberges demnächst erreicht wird? Wenn diese Frage auch jetzt noch offen bleiben muß, kann doch zumindest erwartet werden, daß sich die abnehmende Studierneigung dämpfend auf die Studienanfängerzahlen auswirken wird.

Von der verschlechterten Arbeitsmarktsituation für Hochschulabgänger besonders betroffen scheinen sich die weiblichen Schüler zu fühlen. Nur 47 % von ihnen wollten ein Studium aufnehmen, während 26 % keine Studienabsichten hatten gegenüber 65 % Studierwilligen und nur 10 % Nicht-Studierwilligen bei den Männern. Mit Ausnahme des Jahres 1972 hat dieses Geschlechtsspezifikum aber Tradition, wenn es auch über die Erhebungsjahre hinweg unterschiedlich stark ausgeprägt war. Es zeigt, daß weibliche Schüler viel weniger geneigt sind, einen berufsqualifizierenden Abschluß über die Hochschulausbildung zu erreichen. Für diese Einstellung kann eine generelle Annahme schlechterer Berufsaussichten für weibliche Hochschulabgänger die Ursache sein. Hierbei mag sich in jüngster Zeit zusätzlich ausgewirkt haben, daß die Möglichkeiten, Lehrer zu werden, geringer geworden sind, wovon angesichts ihres hohen Anteils in diesem Beruf die Frauen besonders betroffen sind.

Studienabsichten und Art der Hochschulreife

Deutliche Unterschiede in den Studienabsichten sind bei den Schülern nach der Art der von ihnen angestrebten Hochschulreife festzustellen. Von den 8 848 (88 %) erfaßten Schülern mit angestrebter allgemeiner Hochschulreife wollten 56 % ein Studium aufnehmen, 18 % nicht studieren und 26 % waren noch unentschieden. Dagegen wollten 62 % der 1 201 Schüler mit angestrebter Fachhochschulreife ein Studium beginnen, 13 % waren ohne Studienabsicht und 25 % noch unentschieden.

Die weitere Differenzierung nach dem Geschlecht zeigt, daß der Anteil derer mit Studienwunsch unter den männlichen Schülern mit angestrebter Fachhochschulreife größer ist als unter denen, die die allgemeine Hochschulreife anstreben. Bei den Schülerinnen verhält es sich umgekehrt, also das Studieninteresse ist auf der Basis der allgemeinen Hochschulreife deutlich größer. Die Schüler ohne Studienabsicht ver-

Schüler nach der Art der angestrebten Hochschulreife, Geschlecht und Studienabsicht

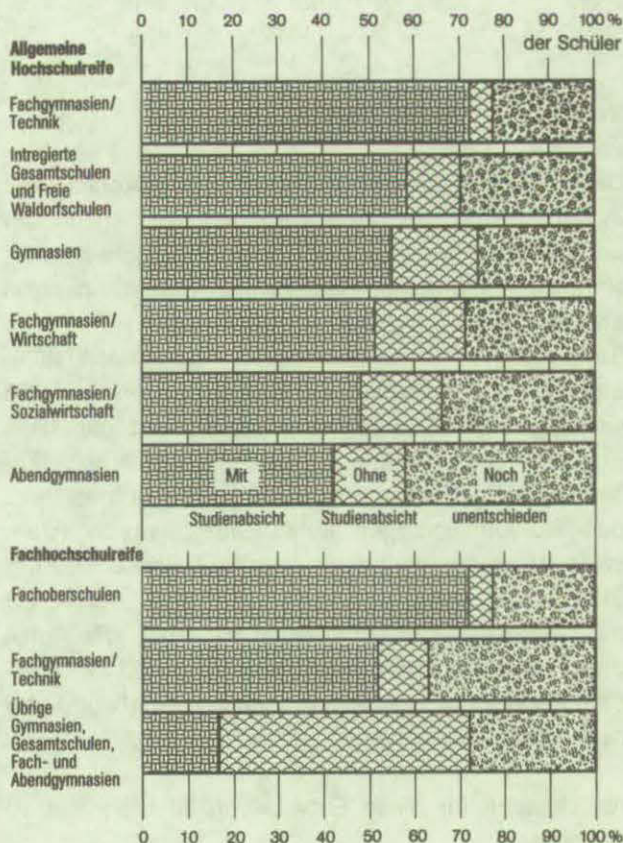
Studienabsicht	Schüler mit angestrebter...			
	allgemeiner Hochschulreife		Fachhochschulreife	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Erfaßte Schüler	4 503	4 345	927	274
davon in %				
mit Studienabsicht	64	47	69	38
ohne Studienabsicht	11	26	7	34
noch unentschieden	26	27	24	28

teilen sich bei beiden Geschlechtern komplementär dazu.

Bei der Betrachtung des Studieninteresses nach Art der angestrebten Hochschulreife muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Neigung zu studieren durchaus unterschiedlich sein kann nach der Art der besuchten Schule und der Jahrgangsstufe des voraussichtlichen Schulabgangs. Das Bild zeigt den höchsten Anteil Studierwilliger bei den Fachgymnasiasten des technischen Zweiges (72 %) und bei den Fachoberschulern, die auch überwiegend den technischen

Hochschulreife, Schulart und Studienabsichten 1984

D 5399 Stat. LA S-H



Zweig besuchen. Bei beiden beträgt der Anteil der Studierunwilligen nur 5 %. Hier kann man davon ausgehen, daß die Hochschulreife überwiegend mit dem Ziel eines späteren Studiums angestrebt wird. Auf der anderen Seite und dem Studium abneigend gegenüber stehen die Schüler der Gymnasien, Gesamtschulen, Abend- und übrigen Fachgymnasien, die die Schule mit der Fachhochschulreife, also bereits nach der 12. Jahrgangsstufe, verlassen wollen. 41 % von ihnen wollen nicht studieren. Hier können wir vermuten, daß der Bildungsweg zur allgemeinen Hochschulreife abgebrochen wird, weil z.B. die Leistungen nicht ausreichen oder Alternativen in der beruflichen Ausbildung günstiger erscheinen. Ausgenommen hiervon sind die technischen Fachgymnasiasten, die eine noch hohe Studierneigung aufweisen, obwohl sie die Schule nach der 12. Jahrgangsstufe verlassen wollen.

Auffallend ist das deutlich unterdurchschnittliche Studieninteresse der Schüler der sozialwirtschaftlichen Fachgymnasien und der Abendgymnasien (13. Jahrgangsstufe). Bei ihnen sind die Anteile der noch Unentschiedenen gleichzeitig überdurchschnittlich hoch, wobei Ursachen hierfür nur schwer bestimmbar sind. Bei den Schülern der Abendgymnasien läßt sich zumindest vermuten, daß das primäre Ziel des Schulbesuchs eine Erweiterung der Allgemeinbildung mit entsprechender Verbesserung der Berufschancen und nicht unbedingt ein Hochschulstudium ist.

Verzögerter Studienbeginn

Die Frage nach dem Studienwunsch unterscheidet in der Antwort „Ja“ zwei Vorgaben, nämlich ob der Schüler ein Studium unmittelbar nach Erwerb der Hochschulreife aufnehmen will oder erst im Anschluß an eine andere Ausbildung. 1984 wollten 71 % der Studierwilligen ein Studium sofort aufnehmen, 29 % erst eine anderweitige Ausbildung angehen. 1976 wollten noch 81 % sofort studieren und nur 19 % erst eine anderweitige Ausbildung durchlaufen. Dieser in der Studienwunsch-Statistik erkennbare Trend, das Studium verzögert aufzunehmen, wurde schon in der Vergangenheit auch durch die Ergebnisse der Studentenstatistik aufgezeigt; der Anteil der sofort mit dem Studium Beginnenden sank und der Anteil derer, bei denen mehr oder weniger viel Zeit zwischen dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und dem Studienbeginn verging, stieg.

Als Ursache für diese Entwicklung ist mehreres zu vermuten:

- es besteht die allgemeine Tendenz, vor Studienbeginn eine betriebliche oder schulische Berufsausbildung zu absolvieren,
- in den Studienordnungen vorgeschriebene hochschulexterne Praktika werden zunehmend vor Studienbeginn absolviert,
- eine geänderte Praxis in der Anrechnung von Wartezeiten für Numerus clausus-Fächer zwingt Studieninteressenten, die Wartezeit durch Praktika oder betriebliche Ausbildung zu überbrücken, anstatt ein Ausweichstudium zu belegen.

Die Bundesergebnisse der Studentenstatistik weisen hierzu z.B. folgendes aus¹: Von den Schulabsolventen, die 1972 eine Studienberechtigung erwarben, hatten sich bis einschließlich drei Jahre nach dem Erwerb 91,8 % an einer Hochschule im Bundesgebiet eingeschrieben; 63,9 % davon immatrikulierten sich noch im Jahr des Erwerbs der Berechtigung. Von denen, die 1976 die Schule mit einer Hochschulzugangsberechtigung verließen, hatten nur 74,2 % bis drei Jahre nach der Reifeprüfung ein Studium aufgenommen und nur 52,8 % davon in dem Jahr, in dem sie die Prüfung ablegten. Es wird allgemein erwartet, daß sich dieser Trend fortgesetzt hat und daß sich vor allem auch die zeitlichen Abstände zwischen Abitur und Studienbeginn vergrößert haben, so daß zukünftig mehr als drei Jahre in die Beobachtung einbezogen werden müssen, um die Übergangsquote eines Schulabschlußjahrganges zu ermitteln.

Hochschulwahl

Mit ausschlaggebend für die Wahl der Studienrichtung und der Studienfächer ist die Entscheidung, welche Hochschule besucht werden soll. Für die Schüler mit künftiger Fachhochschulreife kommt hier nur der Besuch einer Fachhochschule in Frage, während die Schüler, die eine allgemeine Hochschulreife anstreben, zwischen Fachhochschule und wissenschaftlicher Hochschule wählen können. Von allen Studierwilligen haben 1984 72,3 % die Absicht, ein Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule zu beginnen, und 27,7 % wollten ein Fachhochschulstudium aufnehmen. Dagegen wollten 1980 noch 78,8 % eine wissenschaftliche Hochschule besuchen und nur 21,2 % eine Fachhochschule. Diese Umschichtung

1) Vgl.: Wissenschaftsrat: Zur Lage der Hochschulen Anfang der 80er Jahre, Köln 1983, Statistischer Anhang, Tabelle 10

läßt schnell folgern, daß sich das Interesse an einem Fachhochschulstudium verstärkt hat, jedoch kann diese Entwicklung präziser beschrieben werden. Zum einen stieg unter den Studierwilligen der Anteil der Fachoberschüler, die ja eine Fachhochschulreife anstreben, von 8,4 % 1980 auf 11,8 % 1984. Dies resultiert aus dem vergrößerten Anteil der Fachoberschüler an den insgesamt befragten Schülern (1980: 7 %, 1984: 9 %) und aus ihrem vergleichsweise hohen Studieninteresse. Während die Studienneigung bei den Fachoberschülern von 1980 nach 1984 nur um 10 Prozentpunkte auf 72 % gesunken ist, sank der Anteil der Studierwilligen unter den übrigen Schülern im gleichen Zeitraum um 12 Prozentpunkte auf 55 %. Zum zweiten hat der Anteil derjenigen mit allgemeiner Hochschulreife, die ein Fachhochschulstudium beginnen wollen, von 11,1 % auf 14,5 % aller Studierwilligen zugenommen.

Mithin sind es also zwei Ursachen, die den Trend zum Fachhochschulstudium hervorrufen, wobei offenbleiben muß, ob die Fachoberschulen nur Ersatz für die frühere Zugangsberechtigung für Fachhochschulen – Mittlere Reife und Berufsausbildung – sind oder ob sie auch Erschließungsfunktionen ausüben. Sicher festgestellt werden kann aber, daß Schüler, die die allgemeine Hochschulreife anstreben, ein verstärktes Interesse an einem Fachhochschulstudium haben, obwohl sie sich für ein Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule qualifizieren.

Lehramtsstudium

Seit jeher von Interesse aufgrund der besonderen Arbeitsmarktsituation ist die Zahl der Studierwilligen, die ein Lehramtsstudium aufnehmen wollen. Von 5 665 Studierwilligen des Jahres 1984 wollten 278 Lehrer werden. Dies entspricht einem Anteil von nur noch 5 % und ist der bisher niedrigste Wert, den die Abiturientenbefragung ergeben hat. 1980 betrug der Anteil noch 19 %, ging dann aber stark zurück über 13 % 1982 und 7 % 1983.

Dabei hat sich auch die Struktur der Studierwilligen hinsichtlich des gewünschten Lehramtes gewandelt. Von 1980 ausgehend ist der Anteil derjenigen, die ein Lehramtsstudium für Realschulen beginnen wollen, stark zurückgegangen. Dafür ist der Anteil derer, die später an berufsbildenden Schulen lehren wollen, fast in gleichem Maße gestiegen. Das Interesse an einem Lehramtsstudium für Grund- und Hauptschulen ist nach einem zwischenzeitlichen Höhepunkt im Jahre 1982 nunmehr wieder rückläufig: Der entsprechen-

Studierwillige Schüler, die Lehrer werden wollen, nach der Art des angestrebten Lehramtes

	1980	1981	1982	1983	1984
Insgesamt	779	970	745	382	278
davon in % f. d. Lehramt an					
Grund- und Hauptschulen	19,6	20,0	26,6	24,3	15,8
Realschulen	14,8	14,5	11,1	6,8	8,3
Gymnasien	51,3	49,6	47,0	50,5	55,4
Sonderschulen	6,3	8,6	7,7	9,2	7,2
Berufsbildenden Schulen	8,0	7,3	7,5	8,9	13,3

de Anteil an den Studierwilligen ist 1984 auf einen Wert unter dem von 1980 gefallen. Eine nahezu gegenläufige Entwicklung stellen wir für potentielle Lehrer an Gymnasien fest. Ihr Anteil erreichte 1982 ein Minimum, ist dann aber gestiegen und liegt 1984 deutlich über dem Anteil von 1980. Verhältnismäßig konstant geblieben ist dagegen der Anteil der Schüler, die Lehrer an Sonderschulen werden wollen. Bedenken wir aber, welche absoluten Zahlen mit den Prozentangaben verbunden sind, so kann man feststellen, daß sich die studierwilligen Schüler entsprechend der derzeitigen Situation auf dem Lehrermarkts verhalten wollen, nämlich ein Lehramtsstudium nicht zu beginnen.

Gewünschte Studienfächer

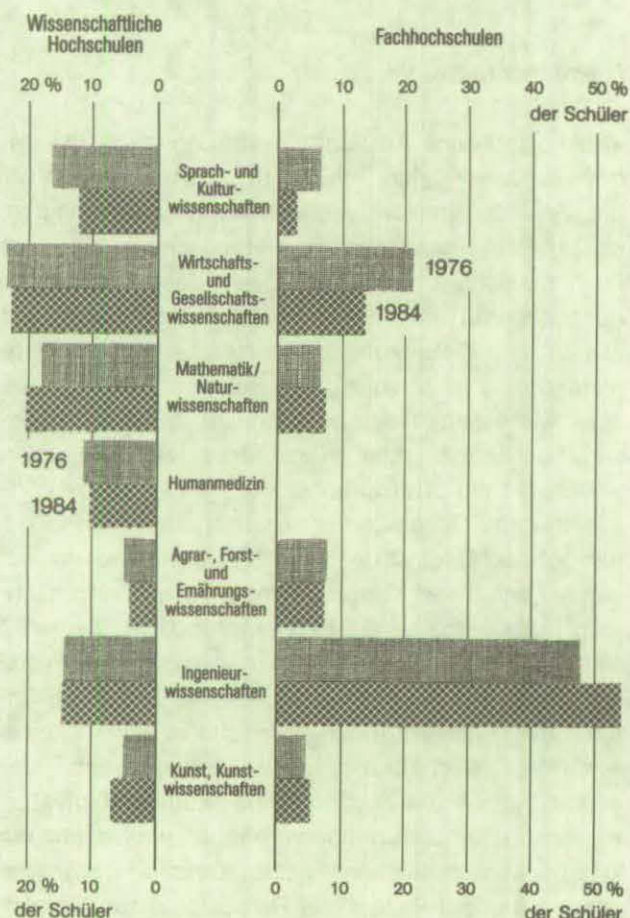
Welche fachliche Ausrichtung streben die 5 387 anderen studierwilligen Schüler an? Hierbei müssen wir die Schüler sinnvollerweise danach unterscheiden, ob sie eine wissenschaftliche Hochschule oder eine Fachhochschule besuchen wollen, denn das Ausbildungsangebot der beiden Hochschularten ist in der allgemeinen Zielsetzung und der Auswahl an Studiengängen sehr unterschiedlich. Bei den Schülern, die eine wissenschaftliche Hochschule, Integrierte Gesamthochschule oder Kunsthochschule besuchen wollen, stehen Studienfächer der Fächergruppe Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften auf Platz 1 der Wunschliste; 23,2 % wollten das Studium mit einem Fach dieser Gruppe aufnehmen. Auf den nächsten Plätzen folgen die Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften (20,6 %) und die Ingenieurwissenschaften (14,6 %). Gegenüber 1976 sind die Anteile der Fächergruppen Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften nahezu gleich geblieben, dagegen konnte die Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften Zugewinne verbuchen ebenso wie die kunstwissenschaftlichen Fächer. Deutlich zurückgegangen und auf Platz 4 der Reihenfolge zurückgefal-

len ist der Anteil derjenigen, die sprach- und kulturwissenschaftliche Fächer belegen wollen: Während 1976 dies noch jeder sechste Schüler beabsichtigte, war es 1984 nur noch jeder achte. Leicht zurückgegangen ist auch das Interesse am Studium der Humanmedizin, wozu das Wissen um die geänderte Anrechnung von Wartezeiten und die Änderung der Zulassungsvoraussetzungen beigetragen haben kann.

Entsprechend dem Ausbildungsangebot der Fachhochschulen mit dem Schwerpunkt in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern, beabsichtigt die Mehrheit (54,5 %) der Schüler, die eine Fachhochschule besuchen wollen, ein Ingenieurstudium aufzunehmen. Der Anteil an Ingenieurwissenschaften interessierter Schüler ist damit seit 1976 um fast 7 Punkte gestiegen. Diesem Zuwachs steht ein zurückgegangenes Interesse an sprach- und kultur- sowie wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern gegenüber, die 1984 nur noch Anteile von 2,4 % und 13,6 % hatten. Leicht zugenommen haben die Anteile der

Gewünschte Studienfächer (Fächergruppe) und Hochschulart 1976 und 1984
(ohne Lehramtsstudien)

D 5400 Stat. LA S-H



Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Kunstwissenschaften, das Interesse an Fächern der Agrarwissenschaften blieb gleich.

Hochschulstandorte

Über die dargestellten Merkmale hinaus sind die Schüler, sofern sie ein Studium beginnen wollten, auch nach der gewünschten Hochschule gefragt worden. Über den Hochschlüsschlüssel lassen sich die Hochschulen den einzelnen Bundesländern zuordnen, wobei philosophisch-theologische, kirchliche und Kunsthochschulen wegen ihrer relativen Seltenheit ausgenommen sind. Ebenso werden Schüler, die zu dieser Frage keine Antwort gegeben haben, im folgenden nicht berücksichtigt.

Von den verbleibenden 4 755 studienwilligen Schülern in Schleswig-Holstein wollten 43,8 % ein Studium an Hochschulen im Lande aufnehmen. Damit liegt Schleswig-Holstein auf dem vorletzten Platz in der Rangfolge der Bundesländer, und nur in Bremen wollten relativ noch weniger Schüler (39,8 %) ein Studium im eigenen Lande aufnehmen. Der Anteil in Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Jahren leicht verändert: 1978 betrug er 44,5 %, erreichte 1982 einen Höchststand von 47,7 % und fiel dann wieder ab auf den heutigen Wert. Das vergleichsweise niedrige Interesse, im eigenen Land zu studieren, kann verschiedene Ursachen haben:

- schleswig-holsteinische Schüler geben sich räumlich mobiler als ihre Kollegen in anderen Bundesländern,
- das Bildungsangebot im Lande deckt nicht alles ab, was im Bundesgebiet angeboten wird,
- der Einzugsbereich konkurrierender Hochschulstandorte außerhalb der Landesgrenzen, die zumindest in der Wahrnehmungs-Entfernung der Schüler liegen, erfaßt Teile Schleswig-Holsteins.

Gerade die letzte Ursache ist wohl Haupterklärungsmoment für das festgestellte Interesse am Studium außerhalb des Landes. 1 358 (28,6 %) der 4 755 Studienwilligen in Schleswig-Holstein wollen nämlich eine Hamburger Hochschule besuchen. Es ist anzunehmen, daß der Einzugsbereich der Hamburger Hochschulen vor allem bestimmte Gebiete Schleswig-Holsteins umfaßt, nämlich die Hamburg-Randkreise, von denen aus auch gute Verkehrsverbindungen

nach Hamburg bestehen, so daß die Studenten im Elternhaus in einer Wohnsitzgemeinde Schleswig-Holsteins wohnen können und einem Studium in Hamburg nachgehen. Insofern könnte in diesen Fällen die Ursache „umfassenderes Bildungsangebot außerhalb des Landes“ als Erklärungsmoment für die geplante Bildungsabwanderung der Schüler an Gewicht verlieren, wenn die voraussichtlichen Abwanderer tatsächlich die räumliche Nähe vom Studienort zum Elternhaus vor den Möglichkeiten eines breiteren Bildungsangebots bevorzugen.

Von den studierwilligen Schülern in anderen Bundesländern beabsichtigten 1984 1 028 ein Studium an einer schleswig-holsteinischen Hochschule aufzunehmen; dies entspricht einem Anteil von 0,8 % an den Studierwilligen dieser Länder. Zu den Vorjahren sind hier nur geringfügige Abweichungen festzustellen: die Zahl der eventuellen „Bildungseinpender“ bewegte sich seit 1976 zwischen etwa 800 und 1 200 und ihr Anteil zwischen 0,7 und 0,9 %. Die Attraktivität der schleswig-holsteinischen Hochschulen hat sich danach offensichtlich nicht verändert. Am häufigsten nannten niedersächsische (373) und nordrhein-west-

fälische Schüler (246) Schleswig-Holstein als angestrebtes Studienland.

Abschließend soll gerade zu den regionalen Aspekten der Studienwunschstatistik nochmals darauf hingewiesen werden, daß die Erhebung Absichtserklärungen erfragt. Die Studienplatz-Vergabeverfahren entscheiden dann hauptsächlich, wie die Verteilungen der Abiturienten nach Studienfächern, nach Studiengängen und nach Hochschulstandorten nach der Immatrikulation aussehen, wenn wir einmal unterstellen, daß es sich bei den Angaben der Schüler hier um erste Präferenzen handelt und diese sich nicht schon bis zum Antrag auf einen Studienplatz ändern. Eine Analyse von Studienanfängern anhand der Studentenstatistik hinsichtlich der hier dargestellten Merkmale könnte Aufschlüsse darüber liefern, inwieweit die Schüler ihre Wünsche realisieren konnten. Unter Umständen könnte diese Analyse auch Anhaltspunkte zur Qualität der Abiturientenbefragung geben, wenngleich zu befürchten steht, daß die Vergabeverfahren zahlreiche Pläne durchkreuzen und deshalb Aussagen in dieser Richtung stark entwerten.

Gerhard Winck

Baugenehmigungen im Wohnbau seit 1970

Die Bauwirtschaft – 1983 in Schleswig-Holstein immerhin mit einem Anteil von 9 % am Bruttoinlandsprodukt beteiligt – wird auf der Grundlage zweier Statistikgesetze beobachtet, beschrieben und analysiert. Das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe ist die rechtliche Grundlage für ein umfassendes statistisches Instrumentarium, das als Primärerhebung bei den Baubetrieben und Bauunternehmen über die Auftragslage, Beschäftigtenzahl, geleistete Arbeitsstunden, Bauleistungen, Investitionen, Geräteausstattung und Wareneingänge informiert und damit die Angebotsseite der bauausführenden Wirtschaft beschreibt.

Informationen über die Nachfrage nach Bauleistungen im Hochbau liefern die Bautätigkeitsstatistiken. Auf der Rechtsgrundlage des Zweiten Gesetzes über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudestandes sind alle genehmigungs-, zustimmungs- und anzeigepflichtigen Baumaßnahmen, bei denen Wohnraum oder sonstiger

Nutzraum geschaffen oder verändert wird, zu erfassen. 1979 wurden die Bautätigkeitsstatistiken reformiert, und zwar dergestalt, daß jetzt auch städteplanerische Ansprüche nach dem Bundesbaugesetz, dem Städtebauförderungsgesetz und der Baunutzungsverordnung berücksichtigt werden. Gegenüber dem ersten Gesetz von 1960, das vor allem die traditionellen, mehr technisch orientierten Informationen über das Baugeschehen lieferte, ist somit das Datenangebot für die Entscheidungsträger von bau- und wohnungspolitischen Aufgabenstellungen erheblich verbessert worden.

Entsprechend der zeitlichen und administrativen Abwicklung eines Bauvorhabens führt der Gesetzesauftrag zu mehreren Einzelstatistiken, nämlich zu den Statistiken über die Baugenehmigungen, die Baufertigstellungen, den Bauüberhang und schließlich zu einer Abgangserhebung. Bei diesen Erfassungen sind öffentliche Dienststellen in den Erhebungsweg eingeschaltet. Die Statistiken setzen zwar bei den Bauherren an,

beziehen aber ausdrücklich die Bauaufsichtsbehörden und für einige Fragen auch die Gemeinden in die Auskunftspflicht mit ein und haben somit den Charakter von Sekundärerhebungen.

Die Statistik über den Bauüberhang zeigt die Anteile der Bauten auf, die sich bereits im Bau befinden, unterschieden nach dem Baufortschritt, und die noch nicht begonnen wurden. Die statistische Beobachtung über das Bauvorhaben wird dann abgeschlossen, wenn dem Bauherrn der Hausschlüssel überreicht wird, der Bau also bezugsfertig ist und dieses Ereignis in die Erhebung der Baufertigstellungen eingeht. Zusammen mit der Abgangserhebung, die alle Gebäude und Gebäudeteile erfaßt, deren Nutzung geändert wird oder die durch bauaufsichtsrechtliche Maßnahmen, Schadensfälle oder Abbruch der Nutzung entzogen werden, sind die Fertigstellungen Voraussetzung für die Statistik des Gebäude- und Wohnungsbestandes. Der Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen soll in mehrjährigen Abständen durch Totalzählungen ermittelt werden. Zwischen den Zählungen wird der Bestand zum 31.12. eines jeden Jahres mit den Ergebnissen der Statistik der Baufertigstellungen und denen der Abgangserhebung fortgeschrieben. Basis der gegenwärtigen Fortschreibung ist das auf den 31.12.1967 zurückgerechnete Ergebnis der letzten Gebäude- und Wohnungszählung am 25.10.1968.

Die Erteilung von Baugenehmigungen durch die untere Bauaufsichtsbehörde – in Schleswig-Holstein sind das die Landräte und Bürgermeister der kreisfreien Städte als untere Bauaufsichtsbehörde¹ – hat zwar unmittelbar noch keine Auswirkungen auf die Aktivität der Bauwirtschaft, sie ist aber für die Abschätzung des Nachfrageverhaltens nach Bauleistungen und damit für die Stimmungslage in der Bauwirtschaft ein unverzichtbarer Frühindikator. Dabei darf nicht übersehen werden, daß wegen des oft großen Zeitraumes zwischen Genehmigung und Fertigstellung des Bauvorhabens Unsicherheit darüber besteht, ob der Bau auch tatsächlich zur Ausführung kommt. 1983 erloschen z.B. die Genehmigungen von über 1 000 Wohnungen, das ist ein Ausfall von 5 % aller genehmigten Wohnungen, wofür oft die verschlechterten Einkommensverhältnisse der Bauherren verantwortlich waren. Da außerdem die Bauzeiten der einzelnen Bauprojekte sehr unterschiedlich sind, ist die Entwicklung der Fertigstellungen von der der Genehmigungen nicht direkt ableitbar. Wichtige

1) Der Innenminister kann durch Verordnung die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde ganz oder teilweise auf amtsfreie Gemeinden übertragen. Insoweit wird der Bürgermeister untere Bauaufsichtsbehörde

Determinanten für den Zeitpunkt der Realisierung einer Baugenehmigung sind der Auslastungsgrad der Kapazitäten im Baugewerbe und die Witterungsverhältnisse. Trotz dieser Mängel ist der Wert der Statistik der Baugenehmigungen für die Beurteilung der Bauwirtschaft unbestreitbar hoch.

In diesem Beitrag wird die Entwicklung und Struktur der Baugenehmigungen für Wohnungen seit 1970 dargestellt. Wohnungen entstehen durch Errichtung neuer Gebäude oder durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. Die Gebäude werden in Wohn- und Nichtwohngebäude unterschieden. Zu den Wohngebäuden zählen solche, die überwiegend Wohnzwecken dienen, einschließlich der landwirtschaftlichen Wohngebäude sowie Wochenend- und Ferienhäuser mit 50 und mehr qm Wohnfläche. Nichtwohngebäude sind Anstalts- und Bürogebäude, Schulen und sonstige Nichtwohngebäude wie Kirchen, Theater und Sporthallen. Auch in Nichtwohngebäuden können Wohnungen enthalten sein, die allerdings die Zweckbestimmung als Nichtwohngebäude nicht verändern.

In Schleswig-Holstein ergab die eingangs erwähnte Fortschreibung des Wohnungsbestandes, daß am 31.12.1983 die Bevölkerung mit 1 153 271 Wohnungen versorgt war. Im gleichen Jahr erteilten die Aufsichtsbehörden die Genehmigungen für den Bau von 18 840 Wohnungen. Wie die Tabelle zeigt, wurde damit das Ergebnis von 1982, als man mit nur 13 902 Wohnungen die wenigsten Baugenehmigungen seit 1950 zählte, um 36 % deutlich übertroffen. Zwar fielen 1971 und 1972 die höchsten Genehmigungszahlen seit Kriegsende an, doch war das Genehmigungsvolumen im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1969 mit rund 29 100 Wohnungen deutlich höher gewesen als mit 23 500 Einheiten im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1979. Etwa so viele wurden auch in der Wiederaufbauphase 1950 bis 1959 (rd. 23 700 Wohnungen) in Schleswig-Holstein durchschnittlich zum Bau genehmigt. Entsprechend der Entwicklung im nördlichsten Bundesland verlief im Bundesgebiet die Nachfrage nach Wohnungen. Auch hier ist 1982 mit rund 335 000 Genehmigungen das geringste und 1972 das höchste Ergebnis seit 1950 erzielt worden. Nach dem Nachfrageboom der frühen siebziger Jahre gingen die Genehmigungszahlen bis 1977 ständig zurück. 1978 konnten dann in Schleswig-Holstein wie auch im Bundesgebiet erstmals wieder Zuwachsraten gemeldet werden. Danach setzte sich der Nachfragerückgang fort.

Der Anteil genehmigter Wohnungen im Nichtwohnbau am gesamten Genehmigungsvolumen ist sehr gering.

Genehmigte Wohnungen seit 1970 in Land und Bund

Jahr	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet		
	Wohnungen insgesamt ¹			Wohnungen insgesamt ¹		
	darunter Wohnungen durch Errichtung neuer			darunter Wohnungen durch Errichtung neuer		
	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		Wohngebäude	Nichtwohngebäude	
1970	28 289	26 137	1 043	609 356	571 767	13 308
1971	34 557	32 568	816	705 417	665 710	13 111
1972	34 242	32 267	656	768 636	726 182	15 304
1973	27 662	25 928	414	658 918	618 439	13 697
1974	19 612	18 237	359	417 783	384 527	10 107
1975	15 991	14 845	379	368 718	336 205	10 669
1976	17 247	15 960	336	380 352	350 130	8 577
1977	16 986	15 770	300	352 035	324 669	7 276
1978	21 366	20 141	284	425 751	395 143	9 004
1979	19 281	18 636	440	383 638	362 769	8 103
1980	18 955	18 049	324	380 609	355 589	8 862
1981	16 166	15 180	382	355 981	328 635	8 415
1982	13 902	12 526	351	335 007	305 476	8 632
1983	18 840	17 089	396	419 569	384 769	10 388

1) alle Baumaßnahmen

Er betrug in Schleswig-Holstein 1970 4%, 1975 und 1983 sogar nur 2%. Wie die Tabelle zeigt, werden die weitaus meisten Wohnungen durch Errichtung neuer Wohngebäude geplant. Von den 1983 insgesamt in Schleswig-Holstein genehmigten Wohnungen sollten 17 089 (91%) im Wohnungsneubau entstehen. 1970 belief sich dieser Anteil auf 92% und 1975 auf 93%. Aufgrund dieser Größenordnungen – die im übrigen auch für die Genehmigungsstruktur im Bundesgebiet gelten – scheint es gerechtfertigt, die Entwicklung und Struktur des Wohnungsbaus im weiteren ausschließlich durch die genehmigten Wohnungen im Neuwohnbau darzustellen.

Seit 1970 hat sich im Wohnbau ein gewisser Strukturwandel vollzogen, wenn man unter Struktur hier die Verteilung der genehmigten Wohnungen auf Eigenheime (Ein- und Zweifamilienhäuser) und Mehrfamilienhäuser – auch als Mietwohnbau oder mehrgeschossiger Wohnbau bezeichnet – versteht. 1970 zählte man in Schleswig-Holstein gut 26 100 Wohnungen, die durch Errichtung neuer Wohngebäude entstehen sollten. Das entsprach dem durchschnittlichen Genehmigungsvolumen der 10 vorangegangenen Jahre. 60% der zum Bau freigegebenen Wohnungen waren in Mehrfamilienhäusern, 40% in Ein- und Zweifamilienhäusern geplant. Ein Jahr später stieg

die Wohnungsnachfrage um 25% auf das Rekordergebnis von über 32 500 Wohnungen. Besonders stark war die Nachfragersteigerung nach Wohnungen in mehrgeschossigen Gebäuden, die um 35% auf gut 21 100 Einheiten anstiegen und damit einen Anteil von 65% erreichten.

Für den Nachfrageboom im Wohnungsbau, der sich 1972 mit nochmals über 32 000 Einheiten fortsetzte, war einerseits die Einkommenexpansion der vorangegangenen Jahre und andererseits der Anstieg der Mietpreise mit ausschlaggebend. Die erstgenannte Komponente beeinflusste die Nachfrage nach Wohnungen im Eigenheimbau, während die Mietpreiserhöhung vor allen Dingen die Investitionsbereitschaft der Unternehmer im Mietwohnbau anregte. Die zu Beginn der siebziger Jahre verstärkt einsetzende Geldentwertung veranlaßte darüberhinaus zahlreiche private Haushalte, ihre Ersparnisse wertgesichert anzulegen, so u. a. durch den Erwerb von Wohnungseigentum. Viele Bauherren hofften auch, bei anhaltendem Geldwertschwund von einer Verschuldung zu profitieren. Steuervorteile, die mit inflationären Tendenzen zunehmen, waren ein zusätzlicher Anreiz. Und schließlich zwangen die steigenden Grundstückspreise manche Bauherren im Mehrfamilienhausbau, die bebaubaren Flächen durch größere Gebäude mit mehr Wohnungen ökonomischer zu nutzen.

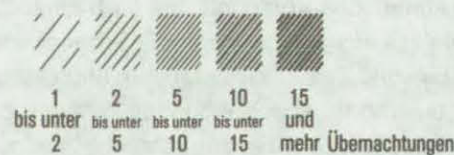
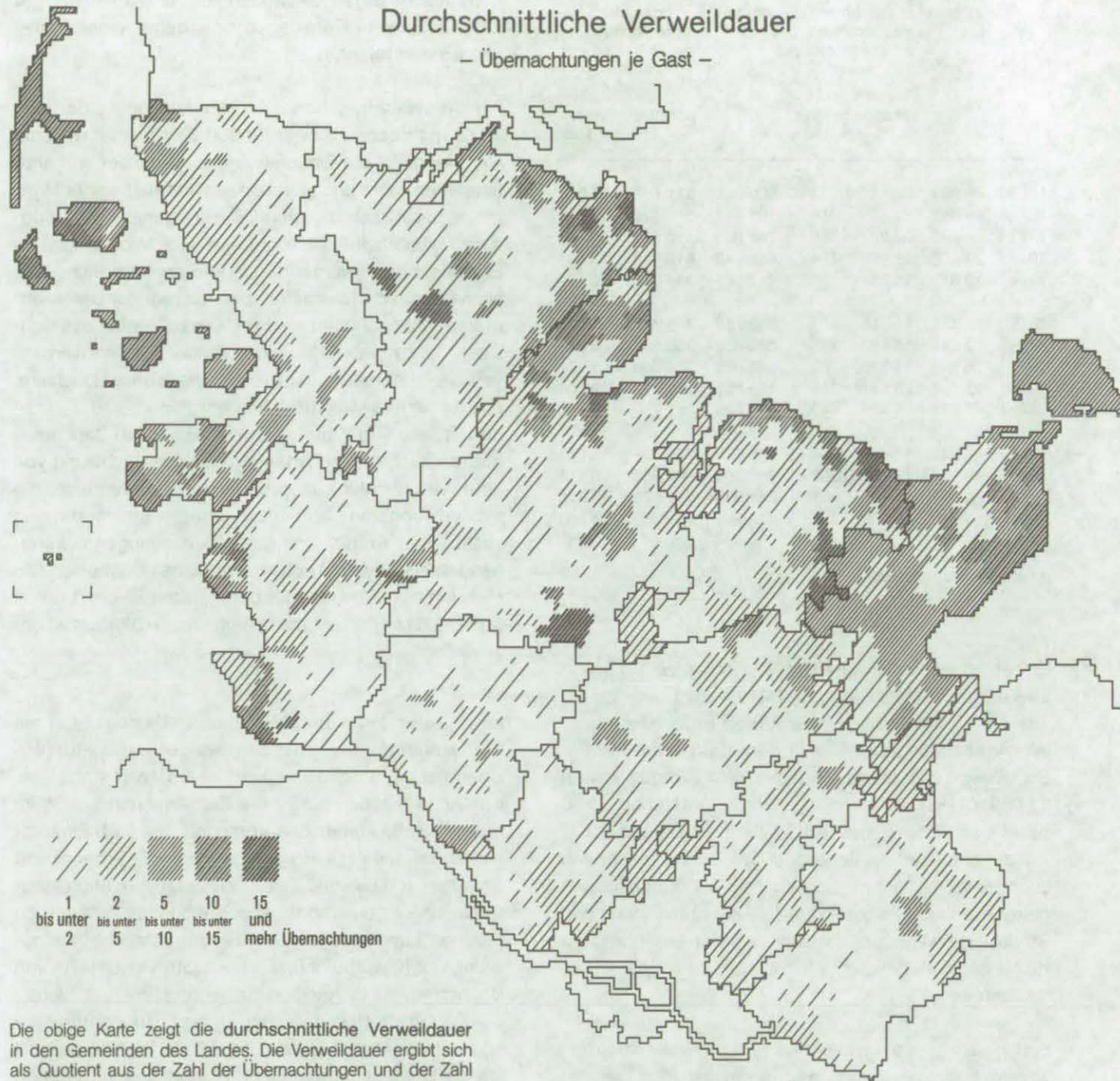
Im Frühjahr 1973 beschloß die Bundesregierung ein Stabilitätsprogramm, mit dem sie der konjunkturellen Überhitzung entgegenwirken wollte. Als stabilitätspolitische Maßnahme für die Bauwirtschaft wurde im Mai 1973 die steuerliche Vorschrift des § 7 b Einkommensteuergesetzes ausgesetzt, nach der Erbauer und Erwerber von Ein- und Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen erhöhte Abschreibungen in Anspruch nehmen können. Dies und die beträchtliche Verteuerung der Kreditaufnahme veranlaßten eine Reihe von Bauherren, die Planung neuer Bauprojekte aufzugeben oder zurückzustellen. Neben diesen wirtschaftspolitischen Maßnahmen setzte der Markt Signale. In verstärktem Maße stießen die Wohnungsunternehmen insbesondere bei Eigentums- und Mietwohnungen der höheren Preisklassen auf eine zum Teil gesättigte Nachfrage. Die hohen Bau- und Finanzierungskosten und die allgemeine Konjunkturabschwächung führten dazu, daß ein Teil der fertiggestellten Wohnungen nicht mehr gewinnbringend oder auch nur kostendeckend verkauft bzw. vermietet werden konnten. Die so entstandenen "Wohnungshalden" blieben nicht ohne Rückwirkung auf die Entwicklung der Baugenehmigungen. Hemmend auf die Baunachfragen wirkte vielleicht auch die Vergleichsmietenregelung, die 1971 mit

Kenndaten des Fremdenverkehrs 1983

Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten, ohne Campingplätze

Durchschnittliche Verweildauer

– Übernachtungen je Gast –



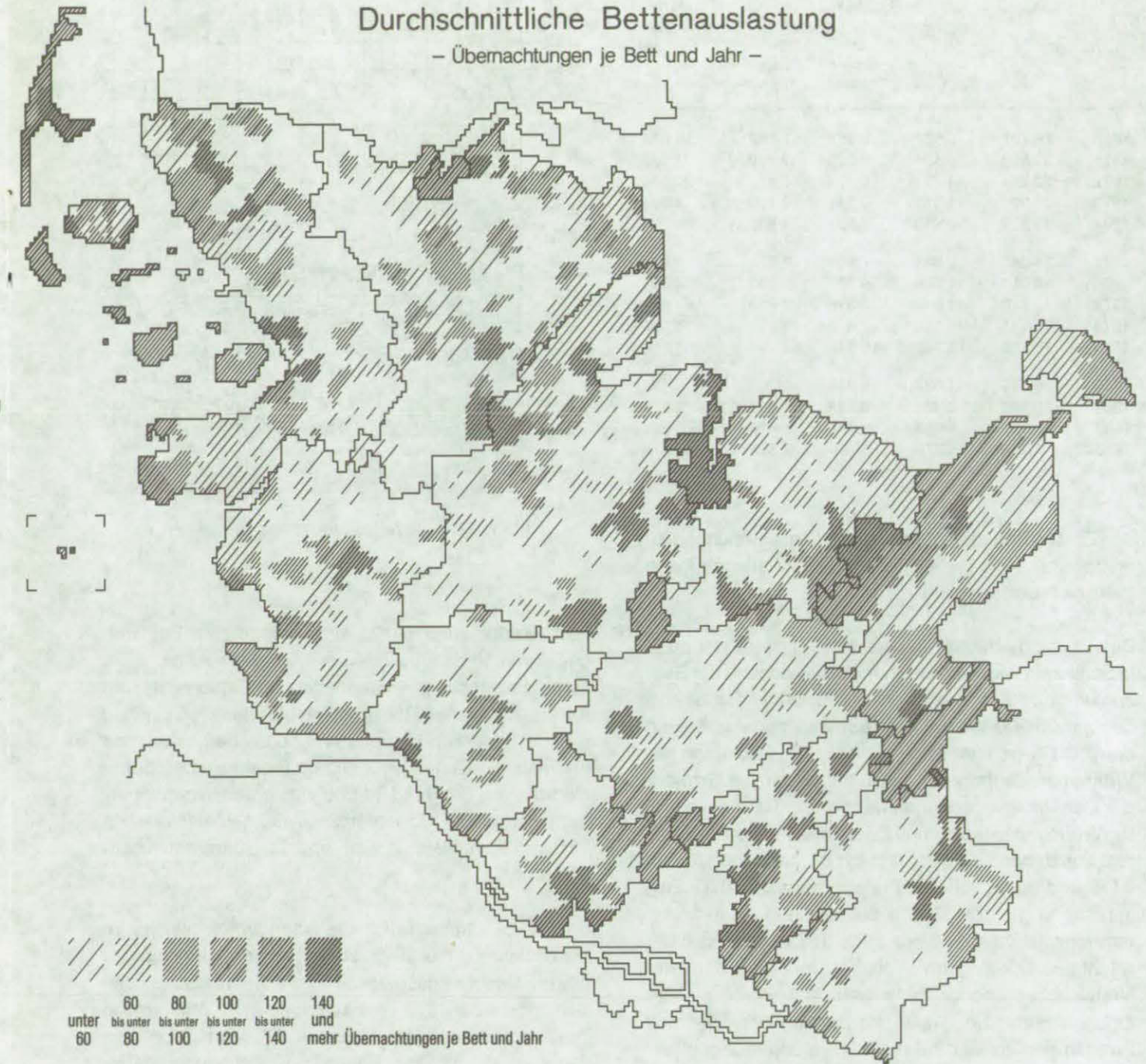
Die obige Karte zeigt die durchschnittliche Verweildauer in den Gemeinden des Landes. Die Verweildauer ergibt sich als Quotient aus der Zahl der Übernachtungen und der Zahl der Gäste, bezogen auf die Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten (einschließlich der Jugendherbergen) in einer bestimmten Gemeinde. Sie drückt aus, wie lange – gemessen an der Zahl der Übernachtungen – die Gäste im Durchschnitt geblieben sind. Nach diesem Wert sind die Gemeinden bestimmten Klassen zugeordnet, deren Grenzen der Legende zu entnehmen sind. Die Verweildauer ist, als eine Eigenschaft der ganzen Gemeinde, als Schraffur der Gemeindefläche dargestellt. Je dunkler ein Gebiet ist, um so höher ist die durchschnittliche Verweildauer. Gemeinden ohne Betriebe mit 9 und mehr Betten sind in der Karte weiß.

Dort, wo die Schwerpunkte des Fremdenverkehrs liegen, also an der Nord- und Ostsee sowie in der Holsteinischen Schweiz, ist die Verweildauer verhältnismäßig hoch. Dies liegt an dem dort vorherrschenden Urlaubsreiseverkehr. In den Gemeinden des Binnenlandes halten sich die Gäste im allgemeinen nicht so lange auf. In der Mehrzahl dieser Gemeinden liegt die Verweildauer unter 5 Tagen. Es überwiegen die Geschäfts- und

Durchgangsreisenden, die Kurzurlauber und die Naherholungssuchenden. Im Herzogtum Lauenburg ist die Verweildauer allgemein recht kurz. Darin spiegelt sich der Charakter dieses Landstriches als Naherholungsgebiet, insbesondere natürlich der im Ostteil der Stadt Hamburg lebenden Bevölkerung. In den Städten herrscht der Geschäfts- und Durchgangsreiseverkehr vor. Daher ist auch dort die Verweildauer sehr kurz. In die oberste Klasse der Verweildauer (über 14 Tage Aufenthalt) fielen 1983 21 Gemeinden. Der größere Teil dieser Gemeinden verfügt über nur einen Betrieb oder zwei, diese hatten aber gerade eine hohe Verweildauer. In den übrigen Gemeinden dieser Klasse dominiert unter mehreren meist ein Betrieb mit hoher Verweildauer. Dies ist zum Beispiel in Utersum auf Föhr der Fall, wo die Kurklinik der BfA Berlin für die hohe Verweildauer sorgt.

Durchschnittliche Bettenauslastung

– Übernachtungen je Bett und Jahr –



Im obigen Bild wird die Kapazitätsauslastung der Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten 1983 dargestellt. Die Kapazitätsauslastung wird dabei durch die Zahl der Nächte ausgedrückt, die die Betten in einer bestimmten Gemeinde im ganzen Jahr durchschnittlich belegt waren. Stichtag für die Kapazität ist der 1. April 1983.

Wie man sieht, sind die Gemeinden mit hoher und niedriger Bettenauslastung bunt gemischt. Daraus wird deutlich, daß zwischen der Bettenauslastung und der Verweildauer kein ursächlicher Zusammenhang besteht. Das beste Beispiel hierfür sind die Seebäder. Obwohl die Verweildauer in den See-

bädern recht hoch ist, findet man nur wenige Seebäder in der höchsten Auslastungskategorie (140 und mehr Bettentage), einfach weil die Fremdenverkehrssaison an der See sehr kurz ist. Umgekehrt kommen die Betriebe in den Städten – trotz einer verhältnismäßig geringen Verweildauer – auf eine hohe Bettenauslastung. Der Grund liegt im Geschäftsreiseverkehr, der keinen so großen jahreszeitlichen Schwankungen unterliegt wie etwa der Urlaubsreiseverkehr. In Orten, wo gekurt wird, wie in Aukrug, Bad Bramstedt oder Malente, ist außer der Verweildauer auch die Bettenauslastung hoch. Das liegt daran, daß die Sanatorien meist das ganze Jahr voll belegt sind und die meisten Kuren mindestens vier Wochen dauern.

**Genehmigte Wohnungen
durch Errichtung neuer Wohngebäude**

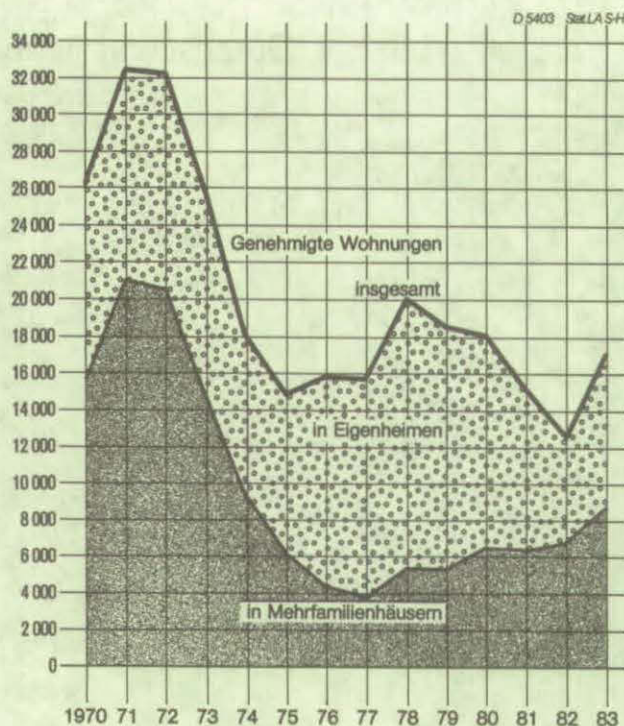
Jahr	Insgesamt	Davon in			Mehr- familien- häusern
		insgesamt	Eigenheimen davon		
			Ein- familien- häuser	Zwei- familien- häuser	
1970	26 137	10 524	8 362	2 162	15 613
1971	32 568	11 431	9 325	2 106	21 133
1972	32 267	11 727	9 255	2 472	20 540
1973	25 928	11 331	9 141	2 190	14 597
1974	18 237	8 843	7 321	1 522	9 394
1975	14 845	8 831	7 453	1 378	6 014
1976	15 960	11 589	9 981	1 608	4 371
1977	15 770	11 942	10 316	1 626	3 828
1978	20 141	14 786	12 662	2 124	5 355
1979	18 636	13 341	10 917	2 424	5 295
1980	18 049	11 627	8 919	2 708	6 422
1981	15 180	8 921	6 243	2 678	6 259
1982	12 526	5 833	3 917	1 916	6 693
1983	17 089	8 374	5 796	2 578	8 715

der Zielsetzung eingeführt wurde, Mieterhöhungen zu erschweren, was die Rentabilität von Mietwohnungen zusätzlich belastete.

Das Zusammenwirken dieser Umstände führte auch in Schleswig-Holstein zu einer Abschwächung der Baukonjunktur. 1973 wurden von den zuständigen Behörden gut 25 900 Wohnungen zum Bau freigegeben und damit 20% weniger als 1972. Mit dem Rückgang der Wohnungsnachfrage änderte sich auch die Struktur der Genehmigungen, und zwar derart, daß die geplanten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäuser prozentual zunahm. 1973 belief sich ihr Anteil bereits auf 44% und damit schon 4 Punkte mehr als 1970. Entsprechend ging die Quote der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern auf 56% zurück. 1974 setzte sich der Nachfragerückgang im Wohnbau fort, von dem der Mietwohnbau wieder mehr betroffen wurde als der Eigenheimbau. So gingen im Bereich der Ein- und Zweifamilienhäuser die Baugenehmigungen gegenüber dem Vorjahr um rund 2 500 (-22%) auf gut 8 800 Wohnungen zurück. Stärker aber war der Rückgang mit rund 5 200 Einheiten (-36%) im Mietwohnbau. Zwar überwogen mit knapp 9 400 Wohnungen noch immer die Genehmigungen in diesem Sektor des Wohnbaus, doch mit einem Anteilswert von 52% nicht mehr in dem Maße vorangegangener Jahre.

1975 konnte die rückläufige Nachfrage nach Wohnungen im Eigenheimbau gebremst werden, dagegen hielt der Abwärtstrend im mehrgeschossigen Wohnbau an.

**Genehmigte Wohnungen
durch Errichtung neuer Wohngebäude 1970 bis 1983**



Hier wurden rund 6 000 Wohnungen zum Bau freigegeben und damit wiederum 36% weniger als 1974. Diese Entwicklung – Stagnation im Eigenheim- und fortgesetzt starker Rückgang im Mehrfamilienhausbau – änderte die Struktur des Wohnbaus dergestalt, daß erstmals die Genehmigungen im Eigenheimbau dominierten. Von den rund 14 800 geplanten Wohnungen, dem geringsten Genehmigungsvolumen damals seit 1950, sollten 59% in Ein- und Zweifamilienhäusern entstehen.

So war es offensichtlich die Nachfrageschwäche im Mietwohnbau, die 1975 zur Krise im Wohnungsbau führte. Das veranschaulicht auch die Tatsache, daß sich gegenüber 1972 die Baufreigaben für Wohnungen im mehrgeschossigen Wohnbau 1975 um 71% verringerten, die für Wohnungen im Eigenheimbau dagegen nur um 25%. Auch die weiteren Jahre nach 1975 zeigen, daß der Mietwohnbau an Attraktivität eingebüßt hatte. 1976 gingen in diesem Teilbereich des Wohnbaus die Genehmigungen um 27% auf rund 4 700 Wohnungen zurück und 1977 wurde mit gut 3 800 Genehmigungen (-12%) der Tiefstand erreicht. Ganz anders entwickelte sich dagegen die Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern. 1976 stiegen die Baufreigaben im Eigenheimbau gegenüber 1975 um 31% auf gut 11 500 und 1977 noch einmal um 3% auf fast 12 000 Wohnungen. Damit wurde das Genehmigungs-

volumen im Eigenheimbau von 1972 – einem Jahr der Hochkonjunktur im Baugewerbe – annähernd erreicht und dann sogar überschritten. Durch die divergierende Entwicklung bei den Genehmigungen von Ein- und Zweifamilienhäusern einerseits und im mehrgeschossigen Wohnungsbau andererseits stieg der Anteil der Eigenheime am Genehmigungsvolumen von knapp 16 000 Wohnungen (1976) auf 73 % und 1977 sogar auf 76 %, als insgesamt rund 15 800 Wohnungen genehmigt waren. Damit wurde das Vorjahresergebnis nicht ganz erreicht, doch mit immerhin einem Plus von 6 % der Tiefpunkt im Rezessionsjahr 1975 überschritten.

Die Nachfrage nach Wohnungen in Eigenheimen wurde im überragenden Maße durch den Wunsch nach Wohnkomfort und Unabhängigkeit in den eigenen vier Wänden eines Einfamilienhauses getragen. 1972 waren von den gut 11 700 zum Bau freigegebenen Wohnungen im Eigenheimbau fast 9 300 (79 %) als Einfamilienhäuser geplant. Dieser Anteil stieg bis 1978 kontinuierlich auf 86 % an. Der Einbruch der Nachfrage nach Eigenheimen und damit vor allem nach Einfamilienhäusern in den Jahren 1974 und 1975 war offensichtlich durch die stabilitätspolitische Maßnahme der Bundesregierung und Bundesbank von 1973 und der allgemeinen negativen Konjunkturschätzung der Bevölkerung, ausgelöst durch die Ölkrise, geprägt. Für die Nachfrage im Eigenheimbau spielt die monatliche Belastung und hier speziell die Zinslast eine viel größere Rolle als Rentabilitätsüberlegungen, die für die Nachfrage im Mehrfamilienhausbau von größter Bedeutung sind. Daher reagierte auch die Nachfrage nach Eigenheimen positiv, als vor dem Hintergrund allgemein freundlicherer Finanzierungsbedingungen die Bundesregierung im August 1975 im Rahmen eines Konjunkturprogramms Zinsverbilligungen für die Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen ermöglichte. In Schleswig-Holstein erhielt die Bauwirtschaft durch fast 10 000 Genehmigungen für Einfamilienhäuser neue Impulse. Daß trotz sinkender Hypothekenzinsen der Rückgang im Mietwohnbau anhielt, erklärt die pessimistische Einschätzung der Bauherren, die glaubten, keine kostendeckenden Mieten erzielen zu können.

Die noch Mitte 1977 bundesweit vertretene Meinung, daß der Höhepunkt im Ein- und Zweifamilienhausbau überschritten sei, bestätigte sich für Schleswig-Holstein nicht. Ebenso wenig trat das vorausgesagte Erliegen der Nachfrage nach Mehrfamilienhäusern ein. 1978 kam es mit rund 14 800 Genehmigungen zu einem Rekordergebnis im Eigenheimbau, was einem Zuwachs von 24 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die günstigen Bedingungen auf dem Kapitalmarkt – für

erststellige Hypothekarkredite waren im März 1978 im Durchschnitt effektiv 6,1 % zu zahlen, ein Zinssatz, der in der Nachkriegszeit nur Ende der 50iger Jahre unterboten worden sein dürfte – haben zahlreiche potentielle Bauherren angezogen, so daß die Nachfrage allein nach Einfamilienhäusern gegenüber 1977 um 23 % auf rund 12 700 Genehmigungen stieg. Noch nie war in Schleswig-Holstein das Interesse an einem eigenen Haus so hoch gewesen. Der statistische Nachweis hierüber ist allerdings erst seit 1968 möglich. Relativ stärker – nämlich um 31 % – nahmen die Genehmigungen für Wohnungen in Zweifamilienhäusern zu, in denen 1978 gut 2 100 Wohnungen geplant waren. Erstmals seit 1971 registrierte man auch im Mietwohnbau wieder einen Zuwachs, wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß die Anzeichen einer Wiederbelebung sich von einem besonderen niedrigen Vorjahresniveau herleiten. In der Phase anhaltenden Zinsrückgangs wurden fast 5 400 Wohnungen im Mehrgeschoßbau zum Bau freigegeben; das sind 40 % mehr als 1977. Die zweistelligen Zuwachsraten im Eigenheimbau und mehrgeschossigen Wohnbau ließen die gesamten Baufreigaben im Wohnbau um 28 % ansteigen, wodurch 1978 mit rund 20 100 genehmigten Wohnungen das größte Genehmigungsvolumen seit 1973 erreicht werden konnte.

Während sich die allgemeine konjunkturelle Entwicklung nur zögernd beschleunigte, befand sich 1978 die Bauwirtschaft damit in einem kräftigen Aufschwung. Doch ein Bauboom, wie zu Beginn der siebziger Jahre, stellte sich nicht ein. Im Gegenteil: Die zum Bau freigegebenen Wohnungen gingen bereits 1979 wieder um 7 % auf rund 18 600 Genehmigungen zurück. Auffallend ist dabei die Nachfrageschwäche im Einfamilienhausbau, jahrelang der expandierende Bereich im Wohnungsbau. 1979 genehmigten die Baubehörden rund 10 300 Bauanträge für Einfamilienhäuser. Das waren 1 600 oder 14 % Wohnungen weniger als im Vorjahr. Dagegen stieg die Zahl der Genehmigungen für Wohnungen im Zweifamilienhausbau um 14 % auf gut 2 400 Einheiten, doch reichte dieser Zuwachs nicht, um den Rückgang der Genehmigungen im Eigenheimbau um 10 % auf rund 13 300 Wohnungen zu verhindern. Jetzt war – wenn auch etwas verspätet – der vorausgesagte Boom im Eigenheimbau überschritten. Daß der Nachfragerückgang für den gesamten Wohnungsbau nicht im gleichen Maße, sondern schwächer ausfiel, war der relativ stabilen Nachfragesituation im Mehrfamilienhausbau zuzurechnen. Die Zeit schwindender Attraktivität für Investitionen im mehrgeschossigen Wohnungsbau schien überstanden zu sein. Immerhin konnte 1979 mit 5 300 geplanten Wohnungen das Genehmigungsvolumen des Vorjahres etwa gehalten werden

und damit ein Nachfragerückgang im gesamten Wohnungsbau von mehr als -7% verhindert werden.

1980 gingen die Genehmigungen im Wohnungsbau sogar nur um 3% auf gut 18 000 Wohnungen zurück. Doch hinter diesem relativ geringen Rückgang verstecken sich wichtige Entwicklungen, die sich in den folgenden Jahren verstärkt fortsetzten. Die Nachfrageschwäche im Einfamilienhausbau wurde immer gravierender. Viele, die bauen wollten, mußten feststellen, daß Baupreise und Finanzierungskosten schneller stiegen als ihre Einkommen.

Neben dem Anstieg der Hypothekenzinsen - 1981 erreichten sie eine Höhe von 12% und damit den Höchststand seit 1949 - zogen auch die Preise für Baugrundstücke an, auch als Folge davon, daß viele Gemeinden weniger Bauland erschlossen als früher. Bei der Verschiedenartigkeit der Lage und Beschaffenheit des jeweiligen Baulandes kann die Preisentwicklung nicht ohne weiteres mit Durchschnittswerten beschrieben werden. Daher soll hier der Hinweis genügen, daß in Schleswig-Holstein die Kaufwerte für baureifes Land seit 1970 ständig stiegen und jährliche Zuwachsraten von mehr als 20% erreichten. Dadurch stiegen die monatlichen Belastungen für den Erwerb von Hauseigentum so sehr an, daß viele Bauvorhaben aufgeschoben oder gar aufgegeben werden mußten. 1980 konnten die Baubehörden knapp 9 000 Einfamilienhäuser zum Bau freigeben, was bereits 18% weniger als 1979 waren. Der Nachfragerückgang verstärkte sich. 1981 lagen nur noch rund 6 200 Genehmigungen vor und damit 30% weniger als im Vorjahr.

Etwas freundlicher sah die Konjunktur im Zweifamilienhausbau aus, wo der zum Ende der siebziger Jahre beobachtete Aufwärtstrend zuerst einmal anhielt. 1980 stieg die Zahl der Genehmigungen in diesem Bereich gegenüber 1979 um 12% auf rund 2 700 Wohnungen und entsprach etwa der Nachfragestärke des Jahres 1981. Daß das Interesse am Zweifamilienhausbau bis dahin zunahm, lag offensichtlich am Einkommensteuerrecht, daß den Bauherren von Zweifamilienhäusern attraktivere Steuerersparnisse einräumt als den von Einfamilienhäusern. Gerade bei den stark gestiegenen Baukosten und sehr hohen Schuldzinsen kann angenommen werden, daß viele Bauherren der mittleren und höheren Einkommensschicht den Wunsch nach einem Einfamilienhaus aufgaben und dafür zum Beispiel durch eine zusätzliche Einliegerwohnung vermehrt die steuerlichen Vorteile des Zweifamilienhauses nutzten. Dies führte dazu, daß im Eigenheimbau der Anteil der Genehmigungen für Zweifamilienhäuser von 21% 1970 auf 30% 1981 stieg. Die stabile Nachfrage nach Zwei-

familienhäusern reichte aber nicht aus, den Rückgang der Genehmigungen im Eigenheimbau zu verhindern, der gegenüber den jeweiligen Vorjahren 1980 -13% und 1981 sogar -23% betrug. Daß allein die zurückgegangene Nachfrage für Einfamilienhäuser den Abwärtstrend der Genehmigungen im Neuwohnbau bestimmte, bestätigen die Zahlen der genehmigten Wohnungen im Mehrgeschoßbau. 1980 meldeten die Bauaufsichtsbehörden gut 6 400 Wohnungsvorhaben und damit 21% mehr als im vorangegangenen Jahr. 1981 konnte mit knapp 6 300 geplanten Wohnungen das vorher erzielte Genehmigungsvolumen zwar nicht gehalten werden (-3%), doch gab es keine Anzeichen dafür, daß die Nachfrage im Mehrfamilienhausbau wieder umkippen könnte. Stabilisierender Faktor war hier das starke Interesse an Eigentumswohnungen. Durch die günstigen steuerlichen Regelungen im Rahmen der sogenannten Bauherrenmodelle wurden sicherlich viele Kapitalanleger angelockt, in Mehrfamilienhäuser zu investieren, unabhängig davon, ob die Wohnung später selbst genutzt oder weiter vermietet werden würde. Der Anteil der Eigentumswohnungen kann seit 1979 nachgewiesen werden. Er belief sich damals in Schleswig-Holstein auf gut zwei Drittel aller genehmigten Wohnungen im Mehrgeschoßbau. 1980 ging er auf gut 58% zurück und betrug 1981 wieder 67%. Die Bedeutung der Eigentumswohnung als nachfragestützender Faktor zeigt die Genehmigungszahl 1981, als die Zahl der geplanten Wohnungen im Mehrgeschoßbau zwar leicht zurückging (-3%), die Nachfrage nach Eigentumswohnungen aber gegenüber dem Vorjahr um gut 10% anstieg.

1982 erreichte die Baunachfrage ihren absoluten Tiefpunkt seit 1950. In Schleswig-Holstein konnten die Bauaufsichtsbehörden lediglich rund 12 500 Wohnungen zum Bau freigeben, das waren 17% weniger als 1981. Maßgebend für diese Entwicklung war der weiterhin anhaltende Rückgang der Nachfrage im Eigenheimbau, wo mit rund 5 800 Genehmigungen ebenfalls ein neuer Tiefstand erreicht wurde; das sind 35% weniger als im Vorjahr. Mit einem Minus von 37% war der Nachfragerückgang im Einfamilienhausbau besonders stark, was ebenfalls zum niedrigsten Genehmigungsvolumen von rund 3 900 Einheiten führte. Aber auch der bis dahin als stabiler Teilbereich der Wohnungsnachfrage geschätzte Zweifamilienhausbau mußte stark zurückstecken. 1982 wurden hier nur noch rund 1 900 Wohnungen genehmigt, das sind 28% weniger als im Vorjahr. Für viele potentielle Bauherren waren 1982 die Grenzen der tragbaren Belastung erreicht. Die Hochzinsphase, weiterhin gestiegene Bau- und Wohnkosten machten den Eigenheimbau vielfach unfinanzierbar.

Im Gegensatz zur Situation bei den Ein- und Zweifamilienhäusern stand auch 1982 wieder die seit Jahren anhaltende positive Entwicklung der Baugenehmigungen für Neubauwohnungen in Mehrfamilienhäusern. Hier wurden mit rund 6 700 Einheiten 7 % mehr Wohnungen als im Vorjahr genehmigt. Erstmals seit 1974 überwiegt damit wieder das Genehmigungsvolumen im mehrgeschossigen Wohnbau (53%) das im Ein- und Zweifamilienhausbau (47%). Das positive Ergebnis 1982 im Mehrfamilienhausbau wurde einmal durch die besonders starke Zunahme der reinen Mietwohnungen verursacht, womit die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern ohne Eigentumswohnungen gemeint sind. Zum anderen ging die Nachfrage nach Eigentumswohnungen 1982 gegenüber 1981 zwar um 1 % auf rund 4 100 Wohnungen zurück, bildete jedoch mit einem Anteil von 61 % (rund 4 100 Einheiten) weiterhin einen stabilen Nachfragesockel. Daß die so definierten Mietwohnungen um 27 % auf knapp 2 600 Genehmigungen stiegen, kann durch die verstärkte Förderung von Mietsozialwohnungen begründet werden.

Die Bundesregierung reagierte gegen Ende 1982 auf den stärksten Nachfrageeinbruch seit Kriegsende mit einem Wohnungsbau-Sofortprogramm. Bauherren von Eigenheimen kommen danach in den Genuß eines erweiterten Schuldzinsenabzugs in Höhe von 10 000 DM und können Mittel aus dem Sonderprogramm "Bausparzwischenfinanzierung" in Anspruch nehmen. Auch wurden vom Bund und von den Ländern wieder in erheblichem Umfang Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus bereitgestellt. Ebenfalls zu den Sofortmaßnahmen zählt die erweiterte Vertragsfreiheit im Mietrecht. Da bereits Ende 1982 die Zinsen für Hypothekarkredite zurückgingen – im August lagen sie noch bei weit über 10 %, im Dezember fielen sie auf 9 % – und die Baupreise deutlich langsamer als vorher anstiegen, waren ausreichend Starthilfen für eine konjunkturelle Erholung auf dem Wohnungsbaumarkt gegeben.

Die Konjunkturwende schien sich 1983 auch tatsächlich einzustellen, als die Bauaufsichtsbehörden rund 17 100 Genehmigungen für Wohnungen durch Errichtung neuer Wohngebäude meldeten, womit das Vorjahresergebnis um rund 36 % übertroffen wurde. Die Maßnahmen des Sofortprogramms stärkten die Nachfrage auf allen Teilbereichen des Wohnungsbaus, wenn auch die Erhöhung des Schuldzinsenabzugs vor allem die Baubereitschaft im Eigenheimbau und dort besonders den Einfamilienhausbau förderte. Die genehmigten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern stiegen gegenüber 1982 um 44 % auf knapp 8 400 Einheiten, wobei sich allein die Nachfrage nach Ein-

familienhäusern um 48 % auf rund 5 800 Wohnungen erhöhte. Auch die schon vorher positive Entwicklung im Mehrgeschoßbau erhielt 1983 eine weitere Nachfragesteigerung, die jedoch mit einem Zuwachs von 30 % nicht ganz so stark ausfiel wie in den anderen Bereichen des Wohnungsbaus, wodurch die Zahl der Genehmigungen im Eigenheimbau bis auf knapp 350 an das Genehmigungsvolumen im Mehrgeschoßbau herankam. Besonders hervorzuheben ist das noch einmal stark gestiegene Interesse an Eigentumswohnungen, deren Genehmigungszahl 1983 gegenüber dem Vorjahr um 27 % auf über 5 200 Einheiten stieg. Das dürfte in erster Linie an der Ende 1984 auslaufenden Möglichkeit der Mehrwertsteuroption für vermietete Eigentumswohnungen im Rahmen der Bauherrenmodelle liegen. Das Umsatzsteuerrecht gewährt für eine Reihe von Umsätzen Steuerfreiheit. Wird diese Steuerfreiheit genutzt, entfällt allerdings die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs. Nun gibt es Fälle, in denen der Nachteil, vom Vorsteuerabzug ausgeschlossen zu sein, größer ist als der Vorteil der Steuerfreiheit. Per Erklärung gegenüber dem Finanzamt können Bauherren auf die Steuerfreiheit verzichten, um sich so – unter bestimmten Voraussetzungen – die Umsatzsteuer, die auf den Kosten des Projekts liegen und erfahrungsgemäß 8–10 % der Gesamtkosten ausmachen, als Vorsteuer rückerstatten zu lassen. Mit der angekündigten Streichung dieser Option der Umsatzsteuer verlieren die Bauherrenmodelle erheblich an Attraktivität. Vermutlich investieren viele Kapitalanleger deshalb noch schnell im Eigentumswohnbau, um noch letztmalig die vollen steuerlichen Möglichkeiten zu nutzen.

Reichen die Impulse des Sofortprogramms aus, um über das Jahr 1983 die Nachfrage nach Bauleistungen nachhaltig zu stärken? Trotz weiter fallender Hypothekenzinsen signalisieren die vorliegenden Monatergebnisse der Baugenehmigungsstatistik für 1984 keine Nachfragestabilisierung. Das Genehmigungsvolumen der ersten sechs Monate in 1984 lag um rund 25 % unter dem Ergebnis des vergleichbaren Zeitraumes von 1983 und nur knapp 8 % über dem Ergebnis des 1. Halbjahres 1982, dem Krisenjahr der Bauwirtschaft. Zwar ist der Eingang der Baugenehmigungen für die statistische Auswertung auch abhängig von dem Bearbeitungsrythmus in den Bauaufsichtsbehörden, der von Monat zu Monat sehr unterschiedlich sein kann, so daß nicht ohne weiteres von einem Halbjahresergebnis schon endgültige Aussagen über die Baunachfrage eines Jahres hergeleitet werden können. Aufgrund der Zwischenergebnisse vorangegangener Erfassungen muß allerdings damit gerechnet werden, daß das Halbjahresergebnis den

Trend für das Jahr 1984 ankündigt: Die Nachfrage nach Wohnungen ist wieder rückläufig. Für den Wohnungsbau werden damit die positiven Erwartungen, die man sich von den Sofortmaßnahmen versprach, gedämpft. Umso bedeutungsvoller ist in dieser Situation der Bauüberhang am 31.12.1983. Zu diesem Zeitpunkt lagen Baufreigaben für gut 7 200 Wohnungen vor, die 1983 und früher genehmigt, für die aber noch keine Bauarbeiten aufgenommen wurden.

Mit Ausnahme von 1979 ist dies der relativ größte Bauüberhang seit 1975. In ihm liegt die Chance des Wohnungsbaus, trotz eines zu erwartenden Nachfragerückgangs die Kapazitätsauslastung vorerst zu halten.

Friedrich-Karl Wormeck

Weitere Angaben siehe Stat. Berichte F II 1-j.

Kurzberichte

Fremdenverkehr in der Vorsaison

In den Monaten März, April und Mai 1984 wurden in den Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten (ohne Jugendherbergen) nach vorläufigen Ermittlungen 640 000 Gäste und 3,07 Mill. Übernachtungen registriert. Gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode erhöhte sich damit die Zahl der Gäste um 0,4 %, die Zahl der Übernachtungen um 1,1 %.

In dem betrachteten Zeitraum entwickelte sich das Fremdenverkehrsaufkommen sehr unterschiedlich. Im März 1984 war im Vergleich zum Vorjahr die Nachfrage beträchtlich geringer. Die Zahl der Gäste schrumpfte um 17 % auf 127 000, die Zahl der Übernachtungen um 19 % auf 512 000. Im April wurde das Vorjahresergebnis dagegen erheblich übertroffen. Die Zahl der Gäste erhöhte sich um mehr als ein Fünftel auf 229 000. Die Zahl der Übernachtungen stieg sogar um ein Drittel auf 1,2 Mill. Damit konnten die Vermieter die Verluste im März wieder wettmachen und für beide Monate zusammen noch ein deutliches Plus erzielen. Die Schwankungen in der Entwicklung der Nachfrage sind durch die im Vergleich zu 1983 späte Lage des Osterfestes und den späten Beginn der Osterferien in einigen Bundesländern (u. a. in Schleswig-Holstein) hervorgerufen worden.

Die überaus positive Entwicklung im April mag zum Teil auch damit zusammenhängen, daß die Osterferien in Schleswig-Holstein von einer Schönwetterperiode begleitet wurden. Es ist allerdings auch möglich, daß mancher Urlauber seinen Frühjahrsurlaub

Gäste und Übernachtungen im März bis Mai 1984
Betriebe mit 9 und mehr Betten

	Gäste		Übernachtungen	
	in 1 000	Veränderung gegenüber 1983 in %	in 1 000	Veränderung gegenüber 1983 in %
März	127	- 16,8	512	- 19,2
April	229	+ 21,8	1 184	+ 33,8
Mai	284	- 4,4	1 371	- 9,5
Zusammen	640	+ 0,4	3 068	+ 1,1

wegen der späten Osterferien vom Mai in den April vorverlegt hat.

Im Mai konnte das Vorjahresergebnis nicht gehalten werden. Es ist zu vermuten, daß hierzu auch die Streiks in der Metall- und Druckindustrie beigetragen haben. Die Zahl der Gäste nahm um 4,4 %, die Zahl der Übernachtungen um 9,5 % ab. Dennoch blieb der Mai mit 284 000 Gästen und 1,4 Mill. Übernachtungen der nachfragestärkste Monat in der Vorsaison.

In den Gemeindegruppen war die Entwicklung in den Monaten März bis Mai recht verschieden. Während die Luftkurorte, die Heilbäder, die Nordseebäder und die Großstädte mehr Übernachtungen verbuchten, blieben die Ostseebäder und die Erholungsorte unter dem Vorjahresergebnis. In den nicht-prädikatisierten Gemeinden (ohne Großstädte) gab es keine Veränderung.

Den stärksten Übernachtungszuwachs hatten die Luftkurorte mit + 12,8 %. Dahinter folgten die Heilbä-

**Übernachtungen und Bettenauslastung
im März bis Mai 1984 nach der Gemeindegruppe**

Betriebe mit 9 und mehr Betten

	Übernachtungen		Bettenauslastung
	in 1 000	Veränderung gegenüber 1983 in %	Tage
Nordseebäder	1 075	+ 2,6	25
Ostseebäder	974	- 1,0	18
Nicht-prädikatisierte Gemeinden (ohne Großstädte)	428	+ 0,0	20
Heilbäder	239	+ 5,9	42
Erholungsorte	134	- 6,7	12
Großstädte	130	+ 1,1	38
Luftkurorte	87	+ 12,8	30
Schleswig-Holstein	3 068	+ 1,1	22

der mit + 5,9 %. In den Erholungsorten verringerte sich das Übernachtungsaufkommen um 6,7 %, in den Ostseebädern um 1,0 %. In den Ostseebädern wurden gleichzeitig auch weniger Gäste (ebenfalls - 1,0 %) gezählt.

An der Ostsee war jedes Bett im Zeitraum März bis Mai durchschnittlich nur 18 Tage belegt, in den Erholungsorten sogar nur 12 Tage. Die Erholungsorte und die Ostseebäder erzielten damit von allen Gemeindegruppen die geringste Bettenauslastung in der Vorsaison. An der Spitze der Gemeindegruppen lagen die Heilbäder mit einer Belegung von 42 Tagen je Bett, gefolgt von den Großstädten mit 38 Tagen je Bett. In den nicht-prädikatisierten Gemeinden, den Nordseebädern und den Luftkurorten lag die Bettenauslastung zwischen 20 und 30 Tagen.

Karlheinz König

Weitere Angaben siehe Stat. Berichte G IV 1 - m 3 bis 5/84.

Einzelhandelsumsatz im 1. Halbjahr 1984

Im 1. Halbjahr 1984 hat sich die Geschäftstätigkeit im Einzelhandel nicht weiter belebt. Zwar setzte der Einzelhandel in den ersten sechs Monaten des Jahres 1984 in laufenden Preisen 1,2 % mehr um als in der gleichen Periode des Vorjahres, preisbereinigt ergibt

sich jedoch ein Minus in Höhe von 1,6 %. Dabei hatte dieses Jahr für die Einzelhändler recht verheißungsvoll begonnen. In den Monaten Januar und Februar zusammen war der Umsatz nominal um 5,1 % und real um 2,4 % angestiegen. Zu dieser Entwicklung dürfte entscheidend das höhere reale Einkommen der Verbraucher beigetragen haben, das u.a. aus den teilweise vorgezogenen Auszahlungen des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes in der Wirtschaft und dem Freiwerden erheblicher Mittel aus prämiengünstigen Sparverträgen resultierte. In der Folgezeit erlahmte die Verbrauchernachfrage wieder. Im März verringerte sich der Einzelhandelsumsatz gegenüber März 1983 nominal um 4,3 %, in konstanten Preisen um 7,2 %. Der Rückgang im März ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil des Ostergeschäftes wegen der späten Osterfeiertage in diesem Jahr in den April fiel. Daraus erklärt sich auch der Anstieg des Umsatzes im April gegenüber dem Vorjahrsmonat um nominal 6,3 % und real 3,0 %. Die realen Umsatzverluste im März konnte der Einzelhandel im April allerdings nicht wettmachen. Der Mai und der Juni brachten dem Einzelhandel weitere Umsatzeinbußen. Die Ursache hierfür dürfte vornehmlich in der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung, zum Teil bedingt durch die Streiks in der Metall- und Druckindustrie, zu sehen sein. Für den Juni kommt hinzu, daß die Verbraucher im Vorjahr wegen der Mehrwertsteuererhöhung am 1. Juli 1983 Käufe in den Juni vorgezogen haben. In beiden Monaten zusammen setzte der Einzelhandel in jeweiligen Preisen 1,6 % und in konstanten Preisen 4,2 % weniger um als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Von den neun Zweigen des Einzelhandels setzte nur der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren im 1. Halbjahr 1984 sowohl nominal als auch real mehr um als im 1. Halbjahr 1983. Der Zuwachs machte in konstanten Preisen allerdings nur 0,1 % aus. Real höhere Umsätze wurden - wie im gesamten Einzelhandel - im Januar, im Februar und im April erzielt, geringere in den übrigen drei Monaten. Im Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen ergab sich im 1. Halbjahr 1984 nur ein leichtes reales Umsatzminus in Höhe von 0,1 %. Nur im Februar, April und Mai konnte das Vorjahresergebnis - real gesehen - übertroffen werden. Jeweils rund 1 % weniger als im 1. Halbjahr 1983 (in konstanten Preisen) setzte der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, mit elektrotechnischen Erzeugnissen, mit Kraft- und Schmierstoffen sowie mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art um. Zu dem zuletzt genannten Zweig rechnen u.a. die Waren- und Kaufhäuser sowie die Verbrauchermärkte.

**Veränderung der Umsätze im Einzelhandel
nach der Wirtschaftsgruppe**
1. Halbjahr 1984 gegenüber 1. Halbjahr 1983

Einzelhandel mit	nominal	real
	%	
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 2,6	+ 0,1
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	+ 3,0	- 0,1
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	+ 2,1	- 1,0
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechn. Erzeugnisse usw.)	+ 2,0	- 1,0
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	- 1,3	- 1,0
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	+ 1,9	- 1,2
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	- 0,6	- 3,0
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	- 3,9	- 7,8
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	- 8,3	- 11,1
Einzelhandel insgesamt (ohne Agenturtankstellen)	+ 1,2	- 1,6

Im Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen waren die Umsätze dagegen in den ersten vier Monaten des Jahres 1984 höher und nur im Mai und Juni geringer als 1983. Im Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art waren die Monate März, April und Juni die Verlustbringer. Der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren konnte nur im April höhere reale Umsätze erzielen. Für die ersten sechs Monate des Jahres 1984 zusammen ergibt sich ein Umsatzminus von 3,0 %. Hohe reale Umsatzeinbußen verzeichneten der Einzelhandel mit Fahrzeugen und Fahrzeugteilen sowie mit Papierwaren, Druckerzeugnissen und Büromaschinen. Preisbereinigt wurden in den beiden Zweigen 7,8 % und 11,1 % weniger als im 1. Halbjahr 1983 umgesetzt. Während aber der Fahrzeugeinzelhandel wenigstens noch im Januar und Februar real mehr umsetzte als im Vorjahr, schaffte der Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen und Büromaschinen in keinem Monat höhere reale Umsätze. Zum Teil ist dies allerdings auch auf den Wechsel eines größeren Unternehmens in einen anderen Wirtschaftszweig zurückzuführen.

Karlheinz König

Von den vier erwähnten Einzelhandelszweigen verzeichnete der Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen im Januar, Februar und April höhere reale Umsätze, der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen zusätzlich noch im Mai.

Weitere Angaben siehe Stat. Berichte G 11.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 – 5“: „1 bis unter 5“.
Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p – vorläufige, r – berichtigte, s – geschätzte Zahl, D – Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 – weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- – nichts vorhanden
- – Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / – Zahlenwert nicht sicher genug
- × – Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... – Angabe fällt später an

Aus unserem Archiv

4. Kraftfahrzeuge

a) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

In den Zahlen nicht enthalten sind die aus steuerlichen oder sonstigen Gründen als vorübergehend stillgelegt abgemeldeten Fahrzeuge. Die Erhebung des Kraftfahrzeugbestandes lag bis 1926 beim Regierungspräsidenten, von 1927 bis 1934 bei den Polizeiverwaltungen und Landräten; ab Mai 1934 wurde er - mit Ausnahme der ersten Nachkriegsjahre - zentral registriert. Anlässlich der Bereinigung der Kartellen, die von Zeit zu Zeit, besonders beim Wechsel der erhebenden Stelle, durchgeführt wurde, wurde übereinstimmend darüber geklagt, daß die Kartellen nicht mehr unbedingt zuverlässig waren. Die Gegenstände der Erhebung haben sich entsprechend der stürmischen Entwicklung der Motorisierung in ihrer Qualität, Leistungsfähigkeit und Ausstattung oft geändert, was beim Vergleich zu beachten ist, sofern er überhaupt wegen der vielen Änderungen erhebungstechnischer Art möglich ist.

Stand	Krafträder ¹⁾		Personen- und Kombinationskraftwagen ²⁾			Kraftomnibusse ⁴⁾	Lastkraftwagen ⁵⁾		Sonderkraftfahrzeuge ^{2) 5)}	Zugmaschinen ⁶⁾
	zusammen	darunter Kleinkrafträder	zusammen	darunter mit 16 Motor-PS und mehr ³⁾	je 1 000 Einwohner		zusammen	darunter mit 40 PS und mehr ³⁾		
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920										
(1. Januar)			einschl. Omnibusse							einschl. nicht-zulassungspflichtige
1907	547	.	211	23	0,1		20	-	.	.
1908	571	.	282	42	0,2		36	-	.	.
1909	618	.	341	43	0,2		47	-	.	.
1910	702	.	510	57	0,3	bei den Pkw's mitenthalten	55	-	.	.
1911	587	.	697	103	0,4		57	1	.	.
1912	574	.	896	210	0,5		83	7	.	.
1913	513	.	1 169	367	0,7		108	8	.	.
1914	575	.	1 585	598	0,9		154	16	.	.
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936 (einschließlich Reichspost und Reichwehr)										
(1. Juli)			ohne Omnibusse	mit 14 Steuer-PS und mehr ⁷⁾			mit Eigengewicht von über 4 t			
1921	779	.	1 526	172	1,0	19	454	182	35	- ^a
1922	990	.	1 848	238	1,2	28	809	357	36	5 ^a
1923	1 473	ohne Kleinkrafträder	2 427	251	1,6	27	985	426	41	16 ^b
1924	2 044	.	3 073	365	2,0	37	1 169	493	54	245 ^b
1925	3 768	.	3 949	282	2,6	71	1 327	499	61	508 ^d
1926	7 151 ^o	610	4 924	415	3,2	169	1 845	512	80	635
1927	9 567	1 376	6 508	329	4,2	163	2 291	600	65	
1928	11 436	3 118 ^e	8 084	.	5,2	238	3 306	661	73	708
1929	15 317	6 170	9 800	.	6,3	322	4 028	629	93	1 020 ^e
1930	18 718	8 731	11 738	.	7,5	328	4 638	619	104	953 ^e
1931	20 626	10 736	12 638	.	8,0	355	5 058	531	110	1 027
1932	21 185	12 141	11 795	7 122	7,4	322	4 852	427	115	1 024
1933	22 064	13 162	12 487	6 930	7,9	318	5 099	388	122	1 108
(ohne Reichspost und Reichwehr)										
1930	18 692	4 471	.	103	944
1931	20 596	.	12 594	.	8,0	262	4 867	.	109	1 026
1932	21 157	.	11 739	.	7,4	234	4 654	.	115	1 024
1933	22 035	.	12 421	.	7,8	232	4 879	.	122	1 100
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937 (ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr)										
		mit Hubraum bis 249 ccm		mit Hubraum von 1 500 ccm u. mehr (ohne Kombinationsfahrzeuge und Krankenkraftwagen)			mit Nutzlast von 2 t und mehr			nr zulassungspflichtige
1946	2 014	.	3 991	.	1,6	226	7 526 ^g	.	.	2 188
1947	2 978	.	7 349	.	2,8	342	8 764	.	678	5 755
1948	4 807	.	9 563	.	3,6	377	10 501	.	764	6 004
1949	13 752	.	13 942	.	5,3	430	13 132	.	642	6 096
1950	22 151	.	19 802	.	7,6	553	15 758	.	832	7 147
1951	31 381	.	26 529	.	10,6	642	19 279	.	961	9 258
1952	38 709	.	30 104	.	12,3	622	18 894	.	880	11 902
1953	40 961	.	35 692	.	15,1	661	18 318	.	1 260	14 808
1954	51 893	.	46 821	.	20,3	771	21 034	.	1 444	18 225
1955	56 950	54 226	57 982	7 584	25,5	7 5	22 703	6 832	1 583	21 977
1956	57 701	55 907	69 817	8 294	31,0	820	22 857	7 221	1 698	24 462
1957	56 176	54 138	85 968	9 540	38,1	893	23 433	7 421	1 872	27 608
1958	56 067	54 235	107 477	11 507	47,4	948	24 254	7 784	1 980	32 197
1959	51 095	49 633	132 847	13 871	58,2	981	25 048	8 199	2 052	36 179
1960	45 559	44 283	162 481	17 585	70,8	1 079	25 839	8 662	2 153	40 486
1961	40 064	39 114	193 206	21 433	83,4	1 089	26 785	9 166	2 477	44 053
1962	31 540	30 856	228 818	26 321	97,7	1 131	27 934	9 771	2 743	47 371
1963	24 389	23 827	266 367	31 664	112,7	1 166	29 425	10 442	3 085	50 496
1964	19 351	.	306 218	.	128,0	1 202	31 019	.	3 446	53 052
1965	14 280	.	347 535	.	143,4	1 237	32 113	.	3 907	55 534

1) Als Krafträder galten nach RGBL 1910 (Nr. 5, § 1) bis 1921 Fahrzeuge, die vom Sattel aus gefahren wurden und auf nicht mehr als 3 (1) Rädern liefen, wenn ihr Eigengewicht ohne Betriebsstoffe (bei elektrischem Antrieb ohne Akkumulatoren) 150 kg nicht überstieg. Von 1922 bis 1925 wurden nur "Großkrafträder" erfasst, da nur sie zulassungs- und steuerpflichtig waren. Mit Großkrafträdern wurden solche Krafträder bezeichnet, deren nach der Steuerformel berechnete Nutzleistung bei mehr als 40 cm Außendurchmesser der Radreifen 0,75 PS, bei kleinerem Außendurchmesser 1 PS überstieg. Ab 1926 sind Kleinkrafträder in den Gesamtzahlen enthalten. Die Zulassungsgrenzen wurden 1925, 1928 und 1938 geändert. Während zulassungspflichtige Motorfahrzeuge einbezogen wurden, sind die sog. Mopeds (nichtzulassungs-, nichtführerschein-, nichtsteuerpflichtige Fahreräder mit organisch eingebautem Hilfsmotor bis 50 ccm Hubraum) in den Zahlen nach dem Kriege nicht enthalten. Dreirädrige Lastfahrzeuge mit einem Eigengewicht bis 350 kg wurden bis 1934 zu den Krafträdern gezählt. 2) Krankenkraftwagen wurden bis 1960 bei den Personenkraftwagen, 1961 bei den Sonderkraftfahrzeugen gezählt (1965: 225). 3) Die verschiedenen Ausgliederungen dieser Spalte sind keineswegs identisch und daher nicht miteinander vergleichbar. Die Gliederungsmerkmale und Größenklassen sind oft geändert worden. 4) 1921/33 als Personenkraftwagen mit mehr als 8 Sitzplätzen einschl. Führersitz definiert. 5) Brennstoffkesselwagen bis 1933 bei den Lastkraftwagen, ab 1946 bei den Sonderkraftfahrzeugen enthalten. 6) bis 1930 "ohne Güterladerraum". Die Zahlen bis 1933 sind nicht sehr zuverlässig. 7) bei Pkw's, deren nach der Steuerformel berechnete Nutzleistung nicht bekannt war, wurde diese gleich der halben Motorleistung gesetzt. a) Antrieb: Elektromotoren b) darunter 173 mit Antrieb von Verbrennungsmaschinen c) ein Teil der Zunahme der Großkrafträder ist durch Herabsetzung der Zulassungsgrenze für Kleinkrafträder (von 0,75 auf 0,7 und von 1 auf 0,9 Steuer-PS) am 5.12.1925 und damit durch den Zugang früherer (nicht erfasseter) Kleinkrafträder bedingt d) darunter 33 mit Raupenantrieb e) ein Teil der Zunahme ist durch Erweiterung der Zulassungsgrenze für Kleinkrafträder (16.3.1928) und damit den Zugang früherer Großkrafträder bedingt f) Der Rückgang erklärt sich daraus, daß selbstfahrende Arbeitsmaschinen (z.B. Motortragflüge, Motorsägen, Straßenwalzen), die in den Vorjahren teilweise mitgezählt wurden, ab 1930 weggelassen wurden. Unter den Zugmaschinen waren 701 mit deutscher Marke g) einschl. Sonderfahrzeuge

Schluß: 4. Kraftfahrzeuge

b) Gesamtbestand an Kraftfahrzeugen

- einschließlich der aus steuerlichen oder sonstigen Gründen vorübergehend als stillgelegt abgemeldeten Fahrzeuge -

1934 wurde der Kraftfahrzeugbrief eingeführt und die vorhandenen Fahrzeuge im Laufe der nächsten Jahre damit ausgestattet. Er dient als Grundlage der Anschreibung der Kraftfahrzeugbestände dieser Tabelle. Alle Angaben verstehen sich ohne Fahrzeuge der Wehrmacht oder Bundeswehr.

1. Juli	Krafträder (ohne Mopeds)					Personenkraftwagen					
	insgesamt	davon			insgesamt	davon mit einem Hubraum in ccm					
		Kraftroller (bis 249 ccm Hubraum)	Motorfahrträder	andere Krafträder mit einem Hubraum in ccm		bis 1 000	über bis 1 000 bis 1 500	über bis 1 500 bis 2 000	über 2 000		
			bis 200	über 200 bis 250	über 250						
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936 (einschl. Reichsbahn und Reichspost)											
1934	25 452 ^b	-	14 608 ^b	10 844 ^b	16 077 ^a	2 699	4 992	3 770	4 613		
1935	26 224 ^b	-	15 891 ^b	10 333 ^b	19 186 ^a	3 745	6 756	4 254	4 422		
1936	28 225	-	17 858	10 367	23 985 ^a	5 169	9 449	5 212	4 154		
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937 (einschl. Reichsbahn und Reichspost)											
1936	26 376	-	17 878	8 498	22 185 ^a	5 008	9 196	4 684	3 296		
1937	27 862	-	18 467	9 395	26 582	6 435	10 926	5 497	3 724		
1938	30 513	-	22 074	8 439	30 615	7 623	12 637	5 939	4 416		
(ohne Reichs-(Bundes-)bahn und Reichs-(Bundes-)post)											
1937	27 857	-	-	-	26 407	-	-	-	-		
1938	30 578	-	-	-	30 432	-	-	-	-		
1939	34 956	-	-	-	34 431	-	-	-	-		
					bis 199	200 - 249	250 u. mehr	bis 999	1 000-1 499	1 500-1 999	2 000 u. mehr
1948	10 691	-	-	-	13 031	-	-	-	-	-	-
1952	40 614	718	10 508	21 990	3 263	4 135	33 765 ^a	7 885	19 667	4 689	1 523
1953	52 144	1 571	11 384	29 675	4 878	4 636	42 277	10 154	24 990	5 329	1 804
1954	62 938	3 360	11 966	42 608	5 004	5 004	52 274	12 601	31 630	6 032	2 011
1955	69 830	5 881	11 734	38 620	8 903	4 692	61 965	15 775	37 490	6 476	2 224
1956	72 145	9 234	10 732	38 498	9 839	3 842	71 630	19 656	42 726	6 723	2 525
1957	73 284	11 725	9 739	38 031	10 376	3 413	86 602	25 595	50 613	7 507	2 887
1958	68 544	13 682	7 233	34 490	10 360	2 779	106 175	33 266	60 654	9 115	3 140
1959	63 812	15 442	5 300	30 756	10 070	2 244	131 120	43 384	72 933	11 370	3 433
1960	60 210	17 022	4 100	27 374	9 669	2 045	161 324	53 330	89 308	14 656	4 030
1961	55 306	17 918	3 078	23 541	8 964	1 805	192 864	61 435	108 424	18 032	4 973
1962	47 697	17 545	2 132	18 727	7 773	1 520	229 679	69 591	131 725	22 271	6 092
1963	39 624	16 081	1 383	13 939	6 385	1 236	269 637	79 343	155 837	27 325	7 132
1964	30 114	13 775	804	9 571	4 885	1 079	308 388 ^b	86 455	180 799	33 172	7 962
1965	23 400	11 435	-	7 218	3 814	933	348 005 ^b	91 819	206 088	40 726	9 359

1. Juli	Kombinationskraftwagen	Kraftomnibusse (einschl. Obusse)		Lastkraftwagen				Sonderkraftfahrzeuge ¹⁾		Zulassungspflichtige Zugmaschinen	
		insgesamt	darunter mit 32 und mehr Sitzplätzen	insgesamt	davon			insgesamt	darunter Feuerlöschfahrzeuge		
					3rädriige	bis 2000	über 2000 bis 5000				über 5000
(ohne Reichs-(Bundes-)bahn und Reichs-(Bundes-)post)											
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936 (einschl. Reichsbahn und Reichspost)											
1934	-	356	-	6 265 ^c	-	-	-	-	130	105	-
1935	-	357	-	8 346 ^c	-	-	-	-	170	112	-
1936	-	421	-	9 573	6 998	2 437	138	266	116	1 125	
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937 (einschl. Reichsbahn und Reichspost)											
1936	-	412	-	8 066	5 638	2 306	122	245 ^d	109	966	
1937	-	451	122	9 398	2 619	3 854	2 807	118	285 ^d	144	1 179
1938	-	477	156	10 763	3 005	4 213	3 401	144	385	186	1 458
(ohne Reichs-(Bundes-)bahn und Reichs-(Bundes-)post)											
1937	-	314	-	9 341 ^e	-	-	-	270 ^f	144	1 177	
1938	-	341	-	10 706 ^e	-	-	-	360 ^f	186	1 456	
1939	-	372	-	11 818 ^e	-	-	-	-	-	2 153	
					bis 1 999	2 000-4 999	5 000 u. mehr				
1948	bei den Pkw's mitenthalten	423 ^h	-	12 399	-	-	-	824	-	6 349	
1952	-	755 ^h	387	22 672	5 886	9 263	6 564	959	1 300	524	12 787
1953	-	833	450	25 636	6 939	10 620	6 969	1 108	1 558	557	16 580
1954	-	1 322	522	27 755	7 257	11 843	7 329	1 326	1 709	566	19 932
1955	-	2 446	578	27 862	7 077	12 194	7 155	1 436	1 838	573	23 539
1956	-	3 669	632	27 181	6 592	11 983	7 026	1 580	1 902	576	26 033
1957	-	4 924	1 034	27 712	6 095	12 738	7 189	1 690	2 088	616	28 958
1958	-	6 630	1 062	27 947	5 268	13 701	7 016	1 962	2 202	631	33 209
1959	-	8 645	1 083	28 205	4 398	14 685	6 734	2 388	2 249	651	37 426
1960	-	10 636	1 155	29 190	3 531	15 998	6 678	2 983	2 372	694	42 034
1961	-	12 645	1 186	30 769	2 840	17 527	6 657	3 745	2 574	727	45 873
1962	-	15 218	1 249	32 625	2 173	19 212	6 579	4 661	2 860	799	49 616
1963	-	18 179	1 308 ^h	34 345	1 579	20 698	6 527	5 541	3 213	908	53 153
1964	-	22 429	1 315 ^h	35 847	1 080	21 984	6 585	6 198	3 607	1 081	55 857
1965	-	26 349	1 329	36 721	-	23 518	6 593	6 610	4 070	1 193	57 928

1) ab 1952 einschl. Krankenkraftwagen (1952 = 177, 1965 = 229 Stück)
a) einschl. einer verschwindenden Anzahl von Fahrzeugen, die nicht von Verbrennungsmotoren angetrieben wurden (1934/35 = 3 Stück) b) darunter 13 Pkw mit Rotationskolbenmotor, die in den folgenden Spalten fehlen c) Vergleich gegenüber 1934 gestört, da ab 1935 die 3rädriigen Lastkraftwagen bis zu einem Eigengewicht von 350 kg zu den Lastkraftwagen gezählt werden, während sie vorher den Krafträdern zugeordnet waren d) darunter Tankkraftwagen für brennbare Flüssigkeiten (1937 = 10, 1965 = 152 Stück) e) einschl. Brennstoffkesselwagen f) ohne Brennstoffkesselwagen g) einschl. Sonderfahrzeuge h) darunter Obusse (1952 = 19, 1964 keine)

QUELLEN: (zu a und b) 1907 bis 1938: Kaiserl. Statist. Amt/Statist. Reichsamt, Vj.hefte z. Stat. d. Dt. Reichs, 1907 bis 1938
1939: Statist. Reichsamt, Wirtschaft und Statistik 1939
1946 bis 1948: Hauptverwaltung der Straßen des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes
1936 (neu), 1949 bis 1951: Verwaltung für Verkehr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Abteilung Straßen
1952 ff: Kraftfahrzeugbundesamt (Gesamtbestand), Statist. Landesamt Schleswig-Holstein nach Meldungen der Zulassungsstellen (stillliegende Fahrzeuge)

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Reiseziel Schleswig-Holstein	6/106
Gesundheitswesen	
Kinderunfälle	7/114
Wahlen	
Europawahl 1984	8/131
Erwerbstätigkeit	
Berufspendler 1982	2/18
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Regionale Verbreitung von Feldfrüchten	1/1
Feldfrüchtermte 1983	2/22
Gartenbau	3/30
Binnenfischerei	3/37
Produzierendes Gewerbe	
Verarbeitendes Gewerbe	1/12
Energieverbrauch der Industrie	7/122
Handel und Gastgewerbe	
Fremdenverkehr Winter 83/84	8/145
Verkehr	
Straßenverkehrsunfälle	8/141
Preise	
Kaufwerte für Bauland	8/147
Kaufwerte landw. Grundstücke	9/161
Versorgung und Verbrauch	
Ausstattung der Haushalte	6/98
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Der Staat in den VGR	9/150
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1983	4/49
Der Hamburg-Nachbarraum bis 1995	5/86

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

36. Jahrgang Heft 10 Oktober 1984

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
		Monats-durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 620	2 618	2 617	2 618	2 618	2 616
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 201	1 237	1 417	1 540	1 625	1 740	2 015
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,5	5,7	6,6	6,9	7,3	7,8	9,4
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 040	1 956	1 945	1 989	2 057	1 969	1 985
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,3	9,0	9,0	8,9	9,3	8,9	9,2
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 633	2 585	2 581	2 398	2 503	2 642	2 540
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,1	11,9	12,0	10,8	11,3	11,9	11,8
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	21	19	21	21	21	23	8
* je 1 000 Lebendgeborene		10,3	9,7	10,8	10,6	10,2	11,7	4,0
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 593	- 629	- 636	- 409	- 446	- 673	- 555
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,7	- 2,9	- 3,0	- 1,8	- 2,0	- 3,0	2,6
WANDERUNGEN										
*Ober die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 589	5 436	5 361	6 120	6 164	5 601
*Ober die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 082	4 937	5 293	4 595	5 465	4 665
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 507	+ 499	+ 68	+ 1 525	+ 1 699	+ 9 288
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 835	10 096	9 875	10 337	11 439
Wanderungsfälle	Anzahl	20 506	20 468	20 592	21 052	23 068	19 794
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		139	140	141	141	155	132
ARBEITSLAGE										
*Arbeitslose	1 000	91	107	99	101	100	101	102	104	103
darunter *Männer	1 000	54	62	56	57	56	59	59	59	58
Kurzarbeiter	1 000	15,4	17,1	9,3	4,7	9,1	12,7	8,4	4,1	4,2
darunter Männer	1 000	12,2	14,2	7,3	4,0	6,9	10,8	7,0	3,4	3,8
Offene Stellen	1 000	3,7	2,5	3,2	2,6	2,5	3,2	3,0	2,8	2,9
LANDWIRTSCHAFT										
VIEHBESTAND										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 565 ^a	1 616 ^a	1 660	-	-	-	1 666	-	-
darunter *Milchkühe	1 000	541 ^a	574 ^a	538	-	-	-	537	-	-
(ohne Ammen- und Mutterkühe)										
*Schweine	1 000	1 740 ^a	1 733 ^a	-	-	1 861	-	-	-	1 876
darunter *Zuchtsauen	1 000	190 ^a	190 ^a	-	-	199	-	-	-	189
darunter *trächtig	1 000	131 ^a	128 ^a	-	-	132	-	-	-	127
SCHLACHTUNGEN VON INLANDTIEREN										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	37	38	31	26	39	39	30	36	46
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	236	238	236	221	242	235	229	231	253
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	4 ^c	2	2	2	2	2	2	2
*SCHLACHTMENGEN⁵⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN (ohne Geflügel)										
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,4	10,5	8,7	7,4	11,1	10,5	8,2	9,9	13,3
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	18,8	19,0	19,0	17,6	19,3	19,1	18,2	18,3	20,1
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT FÜR										
Rinder (ohne Kälber)	kg	283	284	280	283	290	272	274	276	291
Kälber	kg	102	106	100	109	105	104	108	109	111
Schweine	kg	81	81	81	80	81	81	80	80	80
GEFLÜGEL										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	125	164	133	128	191	198	151	69	215
*für Legehennenküken	1 000	1 156	1 033	1 099	1 022	911	870	1 201	1 110	1 089
*für Masthühnerküken										
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	902	817	837	820	826	765	713	888	926
*MILCHERZEUGUNG										
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	97	97	99	98	97	p 99	p 99	p 98	p 97
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	r 13,3	13,5	15,3	13,9	11,6	p 15,8	p 14,1	p 12,1	p 10,6

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern in "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene
 5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern
 7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat
 a) Dezember b) Winterhalbjahr 1982/83 = 5 c) Winterhalbjahr 1983/84 = 6

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
				Monats- durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	174	166	166	165	167	163	164	165	167
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	121	114	114	114	115	112	113	114	115
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	17 312	16 254	16 403	13 570	16 079	16 534	15 593	13 861	16 620
*Lohnsumme	Mill. DM	309,8	301,7	309,4	305,8	309,8	297,7	302,1	324,1	322,2
*Gehaltssumme	Mill. DM	198,5	202,7	212,5	197,5	192,7	205,4	212,5	205,7	199,5
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 420	1 559	1 460	1 157	1 457	1 463	1 545	1 708	1 550
aus dem Inland	Mill. DM	1 039	1 071	1 090	814	1 022	1 020	1 075	928	1 123
aus dem Ausland	Mill. DM	380	488	370	343	436	443	470	780	427
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 802	2 849	2 913	2 549	2 781	3 247	3 014	2 549	3 324
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 261	2 319	2 422	2 080	2 265	2 447	2 378	2 054	2 284
*Auslandsumsatz	Mill. DM	541	529	491	469	516	800	636	495	1 040
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	22	19	17	21	22	19	15	20	23
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	35,9	40,2	37,8	34,4	39,5	42,9	38,6	31,9	32,1
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	75	66	50	62	62	79	73	74	72
*leichtes Heizöl	1 000 t	10	8	6	5	6	7	6	6	6
*schweres Heizöl	1 000 t	66	57	44	57	57	72	68	68	66
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	220	222	208	204	231	237	230	214	233
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	31	25	21	23	22	18	20	23	24
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)	
BAUHAUPTGEWERBE⁶⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	48 965	49 160	50 252	50 544	52 388	47 596	47 941	47 675	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 352	5 473	6 759	4 809	7 294	6 285	5 566	4 860	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 290	2 346	2 916	1 767	3 144	2 659	2 392	1 847	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 092	1 176	1 400	1 097	1 486	1 293	1 136	1 080	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 835	1 765	2 214	1 733	2 415	2 170	1 885	1 809	...
*Lohnsumme	Mill. DM	107,0	112,1	132,3	102,5	139,4	131,8	115,4	106,1	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	18,8	19,2	20,3	19,4	18,9	19,4	20,8	19,2	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	358,6	376,1	558,1	317,8	430,3	363,0	373,6	346,1	...
Auftragseingang ⁷⁾	Mill. DM	211,8	247,6	276,7	242,1	253,0	286,5	240,4	210,5	...
AUSBAUGEWERBE⁸⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 422	7 998	7 913	7 968	8 239	7 843	7 928	7 984	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	983	940	945	835	1 044	980	920	908	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	19,6	19,1	20,5	19,0	20,4	20,0	20,8	20,5	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55,9	56,0	69,2	40,1	54,8	52,2	54,6	52,0	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG⁹⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	972	959	638	661	670	1 909	1 697
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	808	816	685	651	741	801	746
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹⁰⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,4	101,3	100,5	.	.	.	100,8	.	.
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	128,4	134,0	140,9	.	.	.	132,8	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1
 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 7) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 8) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 9) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 10) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
		Monats-durchschnitt			Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	467	661	965	840	749	624	695	527	543
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	326	483	710	656	558	483	562	407	417
*2 Wohnungen	Anzahl	80	107	148	128	127	83	76	83	84
*Rauminhalt	1 000 m ³	523	687	991	801	759	574	587	447	435
*Wohnfläche	1 000 m ²	91	120	170	141	131	103	106	81	77
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	117	171	233	189	165	160	142	131	142
*Rauminhalt	1 000 m ³	520	599	709	601	515	480	574	417	462
*Nutzfläche	1 000 m ²	88	103	129	100	93	84	101	72	79
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 159	1 570	2 289	1 742	1 620	1 314	1 339	1 036	992
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	677,7	678,8	609,0	592,1	766,5	942,7	695,0	829,4	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	118,6	115,4	98,6	116,9	132,9	136,9	129,3	104,8	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	559,1	563,4	510,5	475,2	633,5	805,7	565,7	724,6	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	13,9	12,8	11,9	8,3	9,3	18,8	18,4	15,4	...
*Halbwaren	Mill. DM	61,5	57,4	45,6	43,0	62,5	70,6	65,2	49,4	...
*Fertigwaren	Mill. DM	483,7	493,2	453,0	423,8	561,8	716,4	482,1	659,8	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	55,9	64,3	67,1	47,9	60,1	92,0	98,5	71,4	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	427,8	428,8	385,9	375,9	501,8	624,4	383,6	588,4	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	290,5	295,1	274,0	272,5	296,5	383,0	342,7	259,6	...
darunter Niederlande	Mill. DM	54,4	64,2	55,1	49,3	60,6	67,7	60,4	39,6	...
Dänemark	Mill. DM	58,0	57,3	60,2	48,0	59,8	96,0	76,0	63,7	...
Frankreich	Mill. DM	56,1	55,2	53,7	57,2	45,9	66,0	68,6	49,1	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	39,1	45,6	38,2	46,2	68,6	57,8	58,2	38,0	...
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	105,3	r 108,8	112,5	108,1	107,6	r 108,4	r 107,7	110,8	...
*GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	102,0	108,4	134,9	160,9	157,6	r 114,5	r 134,4	153,8	...
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSSATTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN										
*Ankünfte	1 000	217	216	325	410	358	p 284	p 334	p 374	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	22	21	28	45	31	p 23	p 28	p 42	...
*Übernachtungen	1 000	1 338	1 307	2 203	3 383	3 068	p 1 371	p 2 080	p 3 195	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	40	40	49	76	59	p 43	p 50	p 71	...
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 143	1 175	1 271	1 102	1 052
Güterversand	1 000 t	545	603	621	526	620
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	164	138	146	125	158	133	122	142	138
*Güterversand	1 000 t	142	148	158	159	204	163	140	130	202
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder	Anzahl	8 169	9 382	12 217	7 741	6 936	11 299	7 507
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	450	432	636	417	261	682	414
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	7 163	8 253	10 586	6 754	6 122	9 861	6 382
*Lastkraftwagen	Anzahl	325	400	476	322	318	489	397
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	325	400	476	322	318	489	397
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 449	1 533	1 967	1 751	2 014	1 709	1 772	p 1 532	p 2 032
*Getötete Personen	Anzahl	40	43	52	56	46	38	46	p 30	p 44
*Verletzte Personen	Anzahl	1 867	1 966	2 512	2 311	2 570	2 164	2 309	p 2 017	p 2 552

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983			1984			
				Monats- durchschnitt ¹⁾	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	61 136	65 433	63 756	63 284	63 467	66 272	67 089	66 981	67 297
darunter										
*Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	59 217	63 597	61 964	61 489	61 668	64 578	65 419	65 342	65 660
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 118	9 907	9 804	9 056	8 932	9 674	10 211	9 770	9 675
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 878	9 190	9 199	8 745	8 665	9 451	9 924	9 494	9 372
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	239	717	605	311	266	223	287	276	303
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 513	7 348	7 298	7 357	7 350	7 232	7 280	7 306	7 352
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 675	5 529	5 436	5 481	5 510	5 437	5 423	5 376	5 409
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 838	1 819	1 862	1 876	1 840	1 795	1 856	1 930	1 943
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	42 587	46 341	44 862	45 076	45 386	47 672	47 928	48 266	48 634
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	31 809	34 816	33 449	33 720	33 962	35 541	35 724	35 979	36 266
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 778	11 525	11 413	11 357	11 424	12 131	12 204	12 287	12 368
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	38 037	40 378	38 541	38 724	39 265	40 373	40 241	40 558	40 987
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	23 499	24 711	23 749	24 020	24 455	24 951	24 856	25 277	25 640
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	17 386	18 366	17 636	17 847	18 180	18 556	18 646	19 030	19 271
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 112	6 345	6 113	6 173	6 276	6 395	6 210	6 247	6 369
*Spareinlagen	Mill. DM	14 539	15 667	14 791	14 704	14 809	15 422	15 385	15 281	15 347
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	10 599	11 457	10 829	10 820	10 883	11 566	11 568	11 563	11 619
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	886	990	832	1 156	977	755	748	982	842
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	817	896	835	1 243	872	776	785	1 090	807
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	56	54	60	58	40	63	60	38	81
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,2	0,3	1	-	-	-	-	1	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	404	337	318	277	381	342	339
*Wechselsumme	Mill. DM	3,6	2,4	2,9	1,9	1,9	2,3	2,5
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART			Vierteljahres- durchschnitt	2. Vj. 83			2. Vj. 84			
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 111,3	2 248,0	1 961,6	.	.	.	2 098,5	.	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 500,5	1 567,9	1 363,7	.	.	.	1 461,4	.	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 084,6	1 161,8	1 006,0	.	.	.	1 088,8	.	.
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	244,7	237,0	201,5	.	.	.	213,3	.	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	17,8	17,9	11,1	.	.	.	20,9	.	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	153,4	151,2	145,1	.	.	.	138,5	.	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	610,9	680,0	597,9	.	.	.	637,1	.	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	403,4	442,1	363,6	.	.	.	365,2	.	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	207,4	238,0	234,3	.	.	.	271,9	.	.
*Bundessteuern	Mill. DM	129,4	131,0	114,3	.	.	.	113,1	.	.
*Zölle	Mill. DM	0,2	0,1	0,1	.	.	.	0,0	.	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	117,9	118,5	103,5	.	.	.	102,2	.	.
*Landessteuern	Mill. DM	137,8	164,2	178,3	.	.	.	173,8	.	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	27,2	30,9	27,5	.	.	.	28,0	.	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	70,6	73,8	93,7	.	.	.	82,0	.	.
*Biersteuer	Mill. DM	4,8	5,5	4,5	.	.	.	6,1	.	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	267,0	261,0	266,5	.	.	.	277,4	.	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,2	7,3	7,5	.	.	.	7,5	.	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	55,6	57,3	54,5	.	.	.	57,5	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	186,4	181,8	182,8	.	.	.	199,5	.	.
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 144,6	1 202,7	1 049,2	.	.	.	1 096,6	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	579,3	601,3	521,5	.	.	.	551,4	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	412,3	452,2	397,6	.	.	.	417,3	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	23,5	18,2	15,8	.	.	.	14,7	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 214,8	1 293,4	1 129,9	.	.	.	1 228,6	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	710,8	735,3	641,1	.	.	.	692,2	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	342,7	375,7	294,7	.	.	.	347,9	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	23,5	18,2	15,8	.	.	.	14,7	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	437,2	455,2	452,4	.	.	.	480,7	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	139,4	145,4	151,2	.	.	.	170,0	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	217,2	230,6	217,5	.	.	.	232,8	.	.

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	1982	1983	1983			1984				
			Monats- durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGEBIET 1980 = 100										
Einfuhrpreise	116,2	115,8	114,5	115,5	117,7	122,4	122,1	122,5	...	
Ausfuhrpreise	110,4	112,3	112,0	112,4	112,9	116,0	116,0	116,2	...	
Grundstoffpreise ⁶⁾ (1976 = 100)	138,0	137,8	r 136,8	r 137,6	r 139,4	144,0	143,8	144,2	...	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	114,1	115,8	115,5	115,6	116,3	118,9	119,0	119,3	...	
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾ (1976 = 100)	107,3	105,8	105,2	103,8	105,3	p 105,3	p 106,7	
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	108,9	111,2	.	.	112,3	114,2	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾ (1976 = 100)	127,0	128,0	126,6	126,1	126,9	p 131,3	p 131,0	
Einzelhandelspreise (1976 = 100)	128,6	131,7	131,8	132,0	131,9	134,8	135,1	134,8	134,2	
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte darunter für	111,9	115,6	115,4	115,8	116,2	118,2	118,6	118,4	118,2	
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren Bekleidung, Schuhe	111,3	114,3	114,9	114,7	113,9	116,8	117,1	116,7	115,7	
Wohnungsmieten	109,8	113,0	112,8	113,0	113,2	115,5	115,5	115,5	115,7	
Energie (ohne Kraftstoffe)	109,7	115,6	115,5	115,9	116,2	119,4	119,8	119,9	120,4	
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	125,6	124,5	122,7	123,6	126,9	127,3	127,9	127,7	127,7	
	110,6	113,7	113,5	113,9	114,2	115,8	115,9	116,0	116,1	
LÖHNE UND GEHÄLTER										
- Effektivverdienste in DM, ab Januar 1983 neuer Berichtskreis -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	646	671	.	685	.	.	.	707	.	
darunter *Facharbeiter	679	697	.	715	.	.	.	740	.	
*weibliche Arbeiter	437	454	.	464	.	.	.	474	.	
darunter *Hilfsarbeiter	420	435	.	445	.	.	.	455	.	
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	15,65	16,34	.	16,49	.	.	.	16,88	.	
darunter *Facharbeiter	16,38	17,07	.	17,24	.	.	.	17,67	.	
*weibliche Arbeiter	11,08	11,43	.	11,57	.	.	.	11,81	.	
darunter *Hilfsarbeiter	10,67	10,97	.	11,11	.	.	.	11,33	.	
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	41,2	40,9	.	41,6	.	.	.	41,8	.	
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,4	39,6	.	40,1	.	.	.	40,1	.	
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 705	3 848	.	3 866	.	.	.	3 993	.	
*weiblich	2 533	2 654	.	2 675	.	.	.	2 757	.	
Technische Angestellte										
*männlich	3 841	3 995	.	4 031	.	.	.	4 147	.	
*weiblich	2 439	2 602	.	2 617	.	.	.	2 705	.	
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 184	3 185	.	3 202	.	.	.	3 263	.	
*weiblich	2 197	2 125	.	2 130	.	.	.	2 208	.	
Technische Angestellte										
männlich	3 166	3 179	.	3 205	.	.	.	3 298	.	
weiblich	(2 245)	(1 914)	.	(2 106)	.	.	.	(2 183)	.	
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 349	3 392	.	3 410	.	.	.	3 492	.	
weiblich	2 294	2 270	.	2 278	.	.	.	2 356	.	
Technische Angestellte										
männlich	3 805	3 925	.	3 958	.	.	.	4 077	.	
weiblich	2 438	2 520	.	2 584	.	.	.	2 667	.	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Jahreszahlen B
Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslandsgästen
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1979	19	17	8	1 089	5 607	2 530	724	4 655	2 836	256	21 823	549
1980	18	19	7	1 107	6 137	2 837	863	4 964	2 976	238	22 748	522
1981	16	18	10	1 125	8 516	3 309	1 209	6 942	2 690	264	16 702	517
1982	13	15	10	1 140	8 132	3 486	1 185	6 709	2 609	258	16 061	476
1983	17	14	.	1 153	8 146	3 541	1 118	6 761	2 591	250	15 684	475

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw ⁴⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM	
	in 1 000											
1979	1 094	16	940	54	16 815	522	21 930	13 802	597,7	196,8	60,5	44,3
1980	1 129	20	968	56	17 684	523	22 904	13 928	658,3	213,2	61,0	49,7
1981	1 149	24	983	56	17 427	521	22 492	13 693	735,9	242,1	56,4 ^{a)}	54,7
1982	1 169	29	999	55	17 393	485	22 399	14 539	807,2	276,2	68,7	60,5
1983	1 198	34	1 022	54	18 394	519	23 592	15 667	863,5	298,5	...	62,0

Jahr	Steuern ⁶⁾								Fundierte Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1979	4 311	4 421	1 544	2 004	5 115	3 002	1 549	523	753	7 865	2 592	2 044
1980	4 530	4 762	1 825	2 352	5 382	3 443	1 397	468	815	9 065	2 610	2 028
1981	4 617	4 732	1 760	2 480	5 262	3 570	1 129	522	773	10 145	2 722	2 110
1982	4 578	4 859	1 749	2 443	5 342	3 737	979	471	746	11 434	2 843	2 205
1983	4 811	5 174	1 821	2 720	5 546	3 961	948	474	727	12 564	2 886	2 220

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁸⁾		für Wohngebäude 1980 = 100	der Lebenshaltung ⁹⁾ 1976 = 100		Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie 10) und Handel		öffentlicher Dienst		
	gewerblicher Produkte	landwirtschaftlicher Produkte		insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾		
	1980 = 100	1976 = 100					kaufmännische Angestellte		technische Angestellte		Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
	DM											
1979	93,0	96,9	90,4	110,9	108,2	577	377	2 808	1 893	3 267	2 811	2 082
1980	100	99,3	100	117,0	112,7	609	400	3 008	2 035	3 490	2 985	2 210
1981	107,8	104,6	105,9	123,9	118,2	633	420	3 178	2 158	3 642	3 111	2 302
1982	114,1	107,3	108,9	130,5	125,5	646	437	3 349	2 294	3 805	3 221	2 384
1983	115,8	105,8	111,2	134,4	128,4	671	454	3 392	2 270	3 925	3 284	2 442

1) Errichtung neuer Gebäude 2) Bis 1980: in 156 Berichtsgemeinden, Fremdenverkehrsjahre (jeweils 1. 10. bis 30. 9.); ab 1981: in Schleswig-Holstein, nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, Kalenderjahre, einschließlich Kinderheime 3) einschließlich Kombinationskraftwagen
4) einschließlich mit Spezialaufbau 5) ohne Postspareinlagen 6) Quelle für staatliche Steuern: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein
7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) für alle privaten Haushalte
10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 5. 1984			Bevölkerungsveränderung im Mai 1984			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im August 1984 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Oberschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	86 806	+ 0,0	+ 0,2	- 52	64	12	67	-	85
KIEL	247 262	- 0,1	- 0,5	- 112	- 87	- 199	188	1	220
LOBECK	213 767	- 0,1	- 1,2	- 109	- 143	- 252	183	2	218
NEUMONSTER	79 193	- 0,1	- 0,6	- 37	- 77	- 114	56	1	64
Dithmarschen	130 506	- 0,0	- 0,3	- 41	40	- 1	87	-	115
Hzgt. Lauenburg	157 787	- 0,0	+ 0,1	- 34	20	- 14	106	3	125
Nordfriesland	161 930	+ 0,1	+ 0,2	- 21	145	124	136	6	186
Ostholstein	194 977	+ 0,1	+ 0,5	- 62	163	101	200	3	270
Pinneberg	259 709	- 0,0	- 0,3	- 44	- 15	- 59	183	3	216
Plön	118 046	+ 0,5	+ 0,8	- 13	552	539	101	1	135
Rendsburg-Eckernförde	247 183	+ 0,0	+ 0,1	- 14	121	107	215	8	267
Schleswig-Flensburg	182 597	- 0,0	- 0,2	- 5	- 9	- 14	118	6	149
Segeberg	214 314	+ 0,0	+ 0,4	- 46	66	20	160	4	201
Steinburg	127 647	- 0,0	- 0,4	- 23	- 36	- 59	97	3	126
Stormarn	194 299	+ 0,0	+ 0,6	- 60	132	72	135	3	175
Schleswig-Holstein	2 616 023	+ 0,0	- 0,1	- 673	936	263	2 032	44	2 552

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1984	
	Betriebe am 31. 8. 1984	Beschäftigte am 31. 8. 1984	Umsatz ⁴⁾ im August 1984 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾
FLensburg	70	9 071	238	34 336	30 701
KIEL	133	23 416	734	96 420	86 498
LOBECK	140	21 884	251	83 477	74 816
NEUMONSTER	73	9 638	103	34 688	30 749
Dithmarschen	73	6 394	292	67 720	54 427
Hzgt. Lauenburg	97	7 982	104	76 144	65 637
Nordfriesland	55	3 179	69	79 315	63 893
Ostholstein	81	5 901	107	87 639	75 032
Pinneberg	192	20 387	310	122 830	107 065
Plön	48	2 602	34	56 942	47 926
Rendsburg-Eckernförde	124	10 056	127	121 299	101 534
Schleswig-Flensburg	89	5 157	125	92 984	75 490
Segeberg	177	14 692	248	117 787	101 235
Steinburg	92	10 154	225	62 656	51 137
Stormarn	149	16 295	356	94 863	83 225
Schleswig-Holstein	1 593	166 808	3 324	1 229 100	1 049 365

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 5. 1984 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1984		Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber VZ 1970 in %	Arbeitslose am 31. 7. 1984	Kurzarbeiter Monatsmitte Juli 1984	offene Stellen am 31. 7. 1984	Schweine insgesamt am 3. 4. 1984	Rindvieh am 1. 6. 1984	
							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
in 1 000								
Schleswig-Holstein	2 615,8	+ 4,9	103 880	4 093	2 782	1 783	1 666	537
Hamburg	1 605,5	- 10,5	80 393	13 987	2 485	10	15	3
Niedersachsen	7 240,2	+ 2,2	326 779	24 264	10 253	7 363	3 496	1 174
Bremen	674,7	- 6,6	39 822	3 526	1 408	8	23	5
Nordrhein-Westfalen	16 811,9	- 0,6	729 809	63 592	18 488	5 975	2 122	650
Hessen	5 556,0	+ 3,2	166 365	13 394	9 900	1 289	897	296
Rheinland-Pfalz	3 630,2	- 0,4	115 517	12 573	4 319	667	650	232
Baden-Württemberg	9 241,9	+ 3,9	208 399	35 785	22 226	2 265	1 861	693
Bayern	10 969,1	+ 4,7	299 454	82 565	20 728	4 276	5 240	2 068
Saarland	1 052,0	- 6,0	51 928	5 182	1 046	46	70	26
Berlin (West)	1 852,0	- 12,7	79 833	3 366	5 026	4	1	0
Bundesgebiet	61 249,3	+ 1,0	2 202 179	262 327	98 661	23 684	16 042	5 684

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im Mai 1984	
	Beschäftigte am 30. 6. 1984	Umsatz ²⁾ im Juni 1984		Beschäftigte am 31. 5. 1984		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		in 1 000	Mill. DM	Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl
Schleswig-Holstein	164	3 014	21	48	18	1 314	5,0
Hamburg	142	6 698	12	26	16	294	1,8
Niedersachsen	627	9 646	29	123	17	3 589	5,0
Bremen	75	1 345	26	12	17	193	2,9
Nordrhein-Westfalen	1 930	30 845	29	244	14	8 117	4,8
Hessen	598	7 909	30	92	17	2 554	4,6
Rheinland-Pfalz	358	6 057	35	68	19	1 842	5,1
Baden-Württemberg	1 351	15 918	28	193	21	6 263	6,8
Bayern	1 266	15 932	30	246	22	8 169	7,5
Saarland	138	1 786	37	18	17	498	4,7
Berlin (West)	157	3 507	13	34	18	390	2,1
Bundesgebiet	6 807	102 658	28	1 103	18	33 223	5,4

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 1. 1984			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Juni 1984				Bestand an Spar- einlagen 7) am 30. 6. 1984 in DM je Einw.	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner					im 1. Vierteljahr 1984			
	in DM je Einwohner										
Schleswig-Holstein	1 200	1 025	392	1 772	46	2 309	133	5 882	520	495	92
Hamburg	640	574	357	985	9	1 286	131	9 332	758	2 892	389
Niedersachsen	3 367	2 849	393	4 084	122	5 230	131	7 408	512	496	125
Bremen	268	241	356	460	9	534	118	8 407	595	1 320	262
Nordrhein-Westfalen	7 511	6 693	397	8 800	188	11 140	129	8 317	558	872	182
Hessen	2 725	2 358	424	3 311	85	4 254	131	8 846	619	817	189
Rheinland-Pfalz	1 841	1 544	425	2 250	52	2 959	134	8 319	523	598	218
Baden-Württemberg	4 587	3 886	420	5 210	177	6 981	137	8 998	633	785	183
Bayern	5 441	4 427	404	6 711	240	8 951	137	9 219	563	652	152
Saarland	494	441	419	598	22	796	137	7 932	490	577	113
Berlin (West)	683	602	325	1 280	14	1 571	124	7 827	482	1 176	166
Bundesgebiet	28 860 ^{a)}	24 689 ^{a)}	403	35 461	964	46 011	132	8 424	569	800	174

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 7) ohne Postspareinlagen

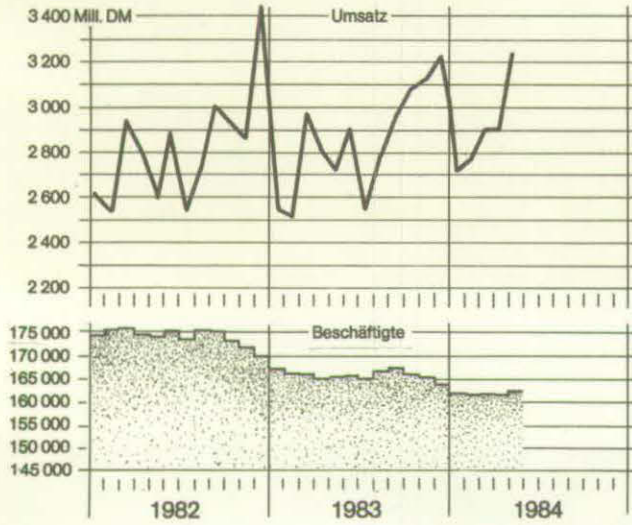
a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

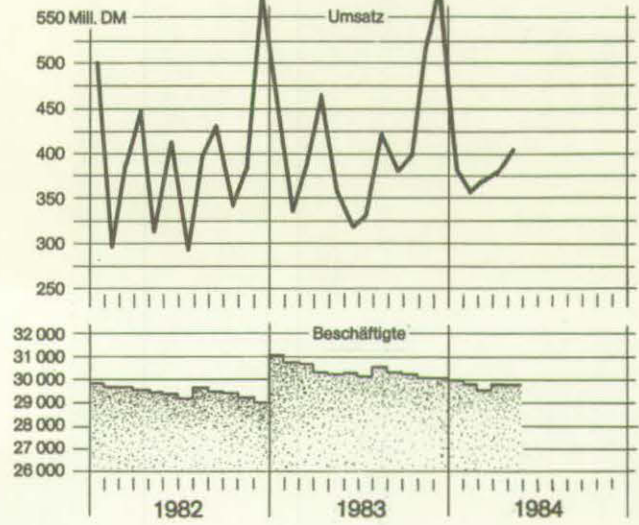
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit Teil A: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Wanderungsbewegung, natürliche Bevölkerungsbewegung); Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet; Arbeitslose; Arbeitervergütung; Steueraufkommen

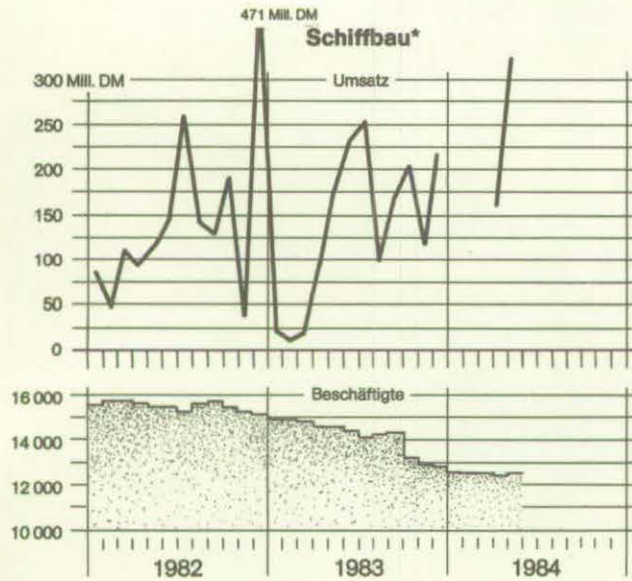
Verarbeitendes Gewerbe*



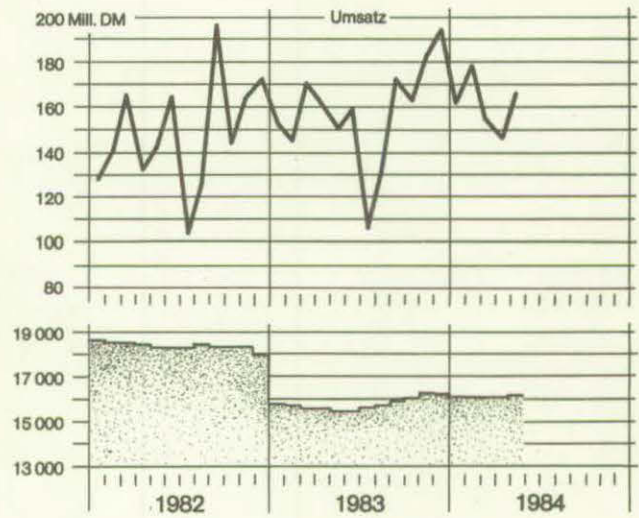
Maschinenbau*



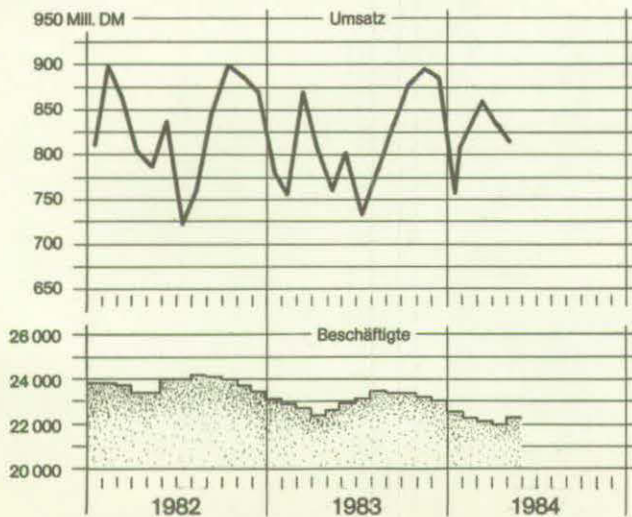
Schiffbau*



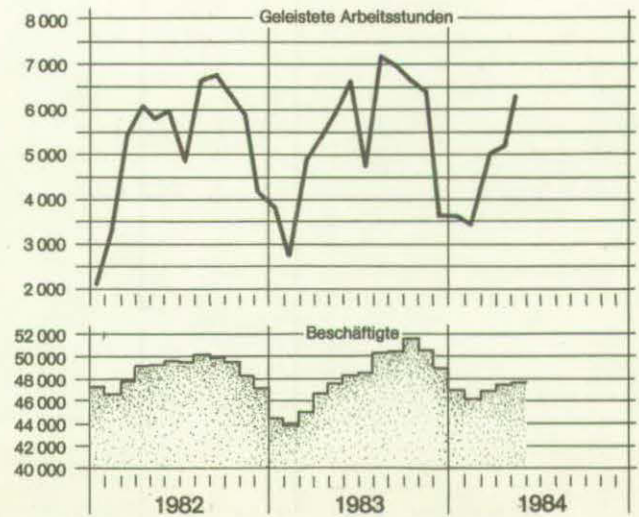
Elektrotechnik*



Nahrungs- und Genußmittel*



Bauhauptgewerbe



*Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

